



17. Stadtratsprotokoll / 17^e procès-verbal du Conseil de ville

Sitzung vom Donnerstag, 19. November 2015, 18.00 Uhr
Séance du jeudi 19 novembre 2015 à 18h00

Ort: Stadtratssaal in der Burg

Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg

Anwesend / Présents:

Arnold Marc, Arnold Niels, Augsburg-Brom Dana, Baltzer Niklaus, Bohnenblust Peter, Bord Pascal, Bösch Andreas, Briechle Dennis, Cadetg Leonhard, Dillier Adrian, Diop Mamadou, Donzé Pablo, Fischer Pascal, Frank Lena, Freuler Fritz, Gonzalez Vidal Bassi Glenda, Grupp Christoph, Güdel Martin, Gugger Reto, Gugger Sandra, Güntensperger Nathan, Gurtner-Oesch Sandra, Habegger Markus, Hadorn Werner, Haueter Joël, Jean-Quartier Caroline, Känzig Urs, Kaufmann Stefan, Kugathas Sakitha, Külling Urs, Löffel Christian, Molina Franziska, Morandi Marcel, Moser Peter, Ogi Pierre, Paronitti Maurice, Pauli Mélanie, Pichard Alain, Pittet Natasha, Rindlisbacher Hugo, Ritter Jeremias, Scherrer Martin, Schneider Sandra, Schor Alfred, Simon Fatima, Steinmann Alfred, Strobel Salome, Suter Daniel, Sutter Andreas, Sylejmani Ali, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Thomke Friedrich, Trachsel Alessandro, Wendling Cécile, Wiederkehr Martin, Wiher Max

Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):

Donzé Pantazis Chantal, Hamdaoui Mohamed, Leuenberger Bernhard

Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal:

Stadtpräsident Fehr Erich

Gemeinderätinnen/Gemeinderäte: Feurer Beat, Némitz Cédric, Schwickert Barbara, Steidle Silvia

Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:

-

Vorsitz / Présidence:

Hadorn Werner, Stadtratspräsident

Sekretariat / Secrétariat:

Klemmer Regula, Ratssekretärin

Behandelte Geschäfte / Affaires traitées	Seite / Page
187. Genehmigung der Traktandenliste	635
• Mitteilungen Stadtratsbüro	635
188. Protokollgenehmigung (26. Februar 2015 / Nr. 02)	635
189. 20150285 Teilsanierung und Erweiterung Alters- und Pflegeheim Redernweg / Projektierungskredit	635
190. Postulat 20140368, Pascal Bord, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Für eine bessere Lastenverteilung zwischen den Arbeitsplätzen, die von der Stadt Biel und vom Kanton Bern finanziert werden"	638
191. Postulat 20150036, Salome Strobel, Fraktion SP, "Die vollständige Kompensation der Steuerausfälle durch die Unternehmenssteuerreform III muss gesetzlich gesichert sein!"	639
192. Überparteiliche Interpellation 20150181, Dana Augsburg-Brom, SP, Christoph Grupp, Grüne und Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Steuerausfälle durch Entlastung Kapital"	640
193. Überparteiliche Motion 20150084, Lena Frank, Grüne, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Mitgliedschaft der Stadt Biel in der internationalen Kampagne gegen Todesstrafe"	641
194. Interpellation 20150088, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Bericht Hubacher: wird der Bieler Gemeinderat in Rechtsfragen schlecht beraten?"	642
195. Dringliche Motion 20150168, Alfred Steinmann, Fraktion SP, "Vereidigung von Gemeinderatsmitgliedern"	642
196. Motion 20150085, (Samantha Dunning), Caroline Jean-Quartier, Fraktion SP, "Stellvertretungssystem im Stadtrat einführen"	644
197. Überparteiliches Postulat 20150086, Ruth Tennenbaum, Passerelle und Nathan Güntensperger, GLP, "Für eine zeitgemässe Dossierverwaltung und Informationspolitik ohne Aufschub!"	647
198. Postulat 20150083, Pablo Donzé, Fraktion Grüne, "Rechtsabbiegen bei Rot für Velofahrer- und -fahrerinnen"	648
199. Interpellation 20150111, Christoph Grupp, Grüne, "Fragen zur Kommunikation durch den Gemeinderat vor Abstimmungen"	649
200. Überparteiliche Interpellation 20150087, Dana Augsburg-Brom, SP und Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Neue Organisationsform der Fachstelle Arbeitsintegration"	651
201. Kleine Anfrage 20150232, Dennis Briechle, GLP, "Neu benannte Strassen im Bözingenfeld"	651
202. Begründung der Dringlichkeit überparteiliche Interpellation Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Andreas Sutter, Fraktion BVP/CVP/BDP, Dennis Briechle, Fraktion GLP "Lügen der Budgetgegner und unverständliches Schweigen des Gemeinderates"	651
203. Begründung der Dringlichkeit Motion Glenda Gonzalez, Fraktion SP, "Die Anzahl verfügbarer Plätze in den Bieler Empfangsklassen anpassen" ...	652
204. Motion 20150108, Niklaus Baltzer, SP, "Partielle Sperrung des Bahnhof- platzes für den MIV"	652
205. Motion 20150112, Christoph Grupp, Grüne, "Keine zusätzlichen Parkplätze am Bahnhof ohne Gesamtplanung"	652

206. Postulat 20150110, Lena Frank, Grüne, "TiSA: Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten".....	656
207. Postulat 20150134, Urs Käzigi, Fraktion Grüne, "Wie will der Gemeinderat die "Städteinitiative" rasch und koordiniert umsetzen?"	659
208. Postulat 20150113, Sandra Schneider, SVP, "Nach dem Nein zum Bahnhofplatz: Finanzmittel in Schulhaussanierungen investieren!"	660
209. Interpellation 20150037, Niklaus Baltzer, Fraktion SP, "Wahlvoraussetzungen für Kommissionsmitglieder: Welches sind die Wahlvoraussetzungen für Kommissionsmitglieder?"	660
210. Interpellation 20150135, Niklaus Baltzer, Fraktion SP, "Wo bleiben die Beiträge von Bund und Kanton an den öV?"	661
211. Dringliche Interpellation 20150227, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, "Eigenmächtiges Handeln der Direktion Bildung, Kultur und Sport?"	662
212. Postulat 20150133, Niklaus Baltzer, Fraktion SP, "Eine zentrale Achse für den öffentlichen Verkehr"	663
213. Verabschiedung Pablo Donzé.....	664
214. Neueingänge.....	667

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Ich begrüße den Stadtrat zur 17. Sitzung. Heute habe ich als Maskottchen eine Eule aus Baja California mitgebracht.

187. Genehmigung der Traktandenliste

Die Traktandenliste wird vom Stadtrat stillschweigend genehmigt.

Mitteilungen Stadtratsbüro

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Die Redezeit ist vorerst normal. Sollten die Voten aber überborden, würde sie allerdings wieder verkürzt. Am 17. Dezember findet das Weihnachtessen im Volkshaus statt. Speziell im Stadtrat begrüßen möchte ich Herrn Diop, den Nachfolger von Herrn Treu. Ich wünsche ihm eine erfolgreiche Tätigkeit im Stadtrat und heisse ihn herzlich willkommen.

188. Protokollgenehmigung (26. Februar 2015 / Nr. 02)

Klemmer Regula, Ratssekretärin: In diesem Protokoll ist dem Ratssekretariat auf den Seiten 91 und 95 ein Fehler unterlaufen. Herr Steinmann wurde zu Herrn Steiner umgetauft. Das Ratssekretariat entschuldigt sich für dieses Versehen.

Das Protokoll Nr. 2 wird mit dieser Änderung stillschweigend genehmigt.

189. 20150285 Teilsanierung und Erweiterung Alters- und Pflegeheim Redernweg / Projektierungskredit

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Das vorliegende Geschäft ist in sämtlichen Fraktionen unbestritten. Ich bitte die RednerInnen deshalb, sich in den Voten auf die noch offenen Fragen an den Gemeinderat zu beschränken.

Scherrer Martin, GPK: Das Alters- und Pflegeheim Redern wurde 1972 gebaut. Seither wurden nur kleinere Sanierungs- und allgemeine bauliche Massnahmen vorgenommen. Im Bericht gibt es einen Fehler: Im Kapitel 4.1 steht, der Speisesaal sei 1997 erweitert worden. Das ist nicht richtig. Die einzige Erweiterung fand in den Achtzigerjahren statt. Nach 40 Jahren sind nun grössere Sanierungsmassnahmen nötig, unter anderem an Fenstern, Betonfassaden, Sonnenschutz, Elektroanlagen, Brandschutz, Lüftungsanlagen und Wasserleitungen. Die Heizungsanlagen sind noch in gutem Zustand. Neben der Sanierung geht es auch um eine Erweiterung des Heims. Der Speisesaal soll erweitert und nutzungsgerechter gestaltet werden und ein

Fumoir eingebaut werden. Im Heim besteht dafür ein grosses Bedürfnis. Nach Schätzung der Direktion belaufen sich die Kosten für das Fumoir auf rund CHF 90'000.-. In der Investitionsplanung sind für das ganze Vorhaben CHF 3,45 Mio. eingestellt. Der GPK sind vor allem die hohen Projektierungskosten ins Auge gestochen. Die CHF 570'000.- entsprechen ungefähr 16% der gesamten Investitionskosten. Gemäss SIA-Normen sollten die Projektierungskosten nur 15% der Gesamtprojektkosten ausmachen. 10% wären aus Sicht der GPK gerechtfertigt. Die GPK bestreitet den Verpflichtungskredit für die Projektierung der Teilsanierung und Erweiterung des Alters- und Pflegeheims Redernweg nicht, aber sie befürchtet, dass die CHF 3,45 Mio. für das Bauvorhaben nicht ausreichen werden. Die GPK hat die Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) angefragt, ob mit Beiträgen Dritter gerechnet werden kann. Nach Aussage der Direktion kann die Stadt davon ausgehen, dass die Denkmalpflege einen Beitrag in noch unbekannter Höhe sprechen wird. Noch eine Frage an die Finanzdirektorin: Hat das abgelehnte Budget 2016 zur Folge, dass mit der Projektierung erst begonnen werden kann, wenn ein genehmigtes Budget vorliegt? Trotz der noch offenen Fragen sieht die GPK ein, dass eine Sanierung nötig ist, da der Sanierungsbedarf erheblich ist und empfiehlt dem Stadtrat deshalb Zustimmung zum Geschäft.

Haueter Joël, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen stimmt diesem Projekt zu, obschon sie sich an den hohen Kosten für Projektierung und Vorstudie gestört hat. Die Vorstudie hat CHF 80'000.- gekostet. Ein guter Architekt verdient CHF 200.- pro Stunde. Das ergibt einen Zeitbedarf von 400 Stunden oder neun Arbeitswochen nur für eine Vorstudie. Mein Vater hat während 25 Jahren in Pieterlen ein privatisiertes Altersheim mit 140 Betten geleitet. Ich habe ihm den Bericht des Gemeinderates gezeigt, worauf er mir sagte, die Stadt Biel habe mit diesen CHF 80'000.- ein ganz schlechtes Geschäft gemacht. In einigen Bereichen der Verwaltung und vor allem in der Baudirektion wirkt sich aus meiner Sicht der Spardruck noch nicht aus. Ich bitte den Gemeinderat, diesbezüglich inskünftig achtsam zu sein.

Kaufmann Stefan, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU schliesst sich den beiden Vorrednern an. Die Kosten für die Vorstudie scheinen auch ihr recht hoch. Das Projekt wird von der Fraktion jedoch nicht bestritten. Ich gehe davon aus, dass die unter Punkt 6.4 erwähnten Zinsen für das investierte Kapital dem Alters- und Pflegeheim Redernweg belastet wird. Die Heime erhalten vom Kanton Investitionskostenbeiträge. Das Geld für die Vorstudie und die Renovation gehört bereits dem Heim. Meine Fraktion fragt sich deshalb, warum die städtischen Heime ihr investiertes Geld verzinsen müssen? Das Geld ist eigentlich in der Sonderrechnung als Reserve für solche Umbauten zurückgestellt.

Känzig Urs, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne stimmt dem Geschäft zu.

Gurtner-Oesch Sandra, Fraktion GLP: Auch dieses Baugeschäft eilt. Über Fenster und Gebäudehülle geht sehr viel Wärme verloren. Die Haustechnik ist veraltet und weder für die Fensterscharniere noch für die Elektrohauptverteilung gibt es noch Ersatzteile. Das vorliegende Geschäft zeigt eindrücklich, wie die Stadt an allen Ecken und Enden auf Pump lebt. In diesem Heim wurden während mehr als 40 Jahren nur die allernotwendigsten Renovationen vorgenommen. Seit letztem Wochenende

wissen wir, dass der Gemeinderat, um die Linken zu besänftigen, lieber einen weiteren Subventionsausbau in Kauf nimmt, als endlich sparsame Finanzpolitik zu betreiben und Mittel dort zu investieren, wo sie hingehören, nämlich in unsere Infrastrukturen. Wenn der Stadtrat schon von der Sanierung dieses Altersheims redet, wäre es äusserst hilfreich zu wissen, was mit diesen Heimen künftig passieren soll. Vielleicht hören wir vom zuständigen Direktor etwas über den geplanten zeitlichen Verlauf für die Neuausrichtung. Auch die Fraktion GLP wird das Geschäft heute Abend unterstützen, nicht aus Begeisterung, sondern weil sie keine Alternative sieht.

Arnold Marc, Fraktion SP: Die Fraktion SP stimmt diesem Geschäft einstimmig zu. In der Fraktion wurde die Frage aufgebracht, ob CHF 5'000.- für Baunebenkosten nicht zu tief kalkuliert seien. Ich möchte von Frau Schwickert zudem wissen, ob das Projekt - wie üblich - von einem externen Architekten betreut wird. Bei der Baudirektion wurden etwa 50 Personen entlassen. Ich kann mir deshalb nicht vorstellen, dass es sich um ein städtisches Projekt handelt.

Schwickert Barbara, Direktorin Bau, Energie und Umwelt: Danke für die grundsätzlich gute Aufnahme des Geschäfts. Ich danke insbesondere der GPK für die Fragen, die sie vor der Sitzung schriftlich gestellt hat. Von verschiedenen Seiten wurden die hohen Kosten für die Vorstudie moniert. Als Resultat der Vorstudie habe ich zwei dicke Bücher erhalten. Verschiedene Fachplaner haben daran gearbeitet. Dank der Vorstudie hat der Gemeinderat mehr Sicherheit bei der Projektierung und im Ausführungsprojekt. Die diesbezüglichen Kosten könnten zwar verringert werden, aber der Gemeinderat ist der Auffassung, dass sich diese Investition am Anfang lohnt, weil sie ihm einen guten Überblick über die Sachlage ermöglicht. Frau Gurtner-Oesch ist leider vom Projekt nicht so begeistert. Ich mache dem Stadtrat beliebt, dem Heim einmal einen Besuch abzustatten. Die Qualitäten des Gebäudes sind nicht im Vorbeifahren oder Vorbeigehen wahrnehmbar. Insofern wäre es sinnvoll, den Stadtrat zu einer Begehung einzuladen, bevor er sich mit dem Ausführungskredit befasst. Bei Hochbauprojekten führt immer eine Bauherrenvertretung das Projekt. Die Stadt ist für die Koordination verantwortlich. Deshalb ist ein Teil des Honorars bei der Abteilung Hochbau ausgewiesen. So kann die Stadt den nötigen Einfluss auf das Projekt ausüben. Das Ausführungsprojekt wird aber ausgeschrieben.

Steidle Silvia, directrice des finances: Monsieur Scherrer, les dépenses à charges des comptes spéciaux, financées par des émoluments, sont en principe considérées comme liées et peuvent être concédées malgré un budget d'urgence. Le Conseil municipal a décidé de considérer le compte spécial Établissements médicaux sociaux (EMS) au même titre que les ordures ménagères et les eaux usées, soit comme lié. Monsieur Kaufmann, il s'agit effectivement d'un compte spécial et toutes les dépenses nécessaires à la fourniture de prestations doivent être entièrement comptabilisées et apparaître dans les comptes, de sorte qu'on puisse vérifier si les émoluments et recettes qui résultent couvrent entièrement les dépenses ou non. Les EMS privés n'échappent pas à cette règle et paient même les intérêts cash. Si l'on ne calculait pas les intérêts, le résultat opérationnel serait faussé et non comparable avec les homes privés.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Le home Redern est un très beau bâtiment. Depuis la salle qui se trouve en haut du bâtiment, il

y a une des plus belles vues sur la Ville de Bienne qui soit. En ce qui concerne le statut juridique de ces homes, le Conseil municipal va présenter au Conseil de ville un rapport et des décisions à prendre au début de l'année prochaine.

Abstimmung

Der Stadtrat von Biel **beschliesst** nach Kenntnisnahme vom Bericht des Gemeinderates vom 23. September 2015 betreffend Alters- und Pflegeheim Redernweg, Teilsanierung und Erweiterung, Projektierungskredit, gestützt auf Art. 39 Abs.1 Bst.a der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 101.1):

1. Er bewilligt für die Projektierung der Teilsanierung und Erweiterung des Alters- und Pflegeheims Redernweg einen Verpflichtungskredit von CHF 570'000.00 aus der Sonderrechnung Heime, VK Nr. 890300003, und gibt ihn per sofort frei.
2. Teuerungsbedingte Mehraufwendungen gelten als genehmigt.
3. Mit dem Vollzug wird der Gemeinderat beauftragt. Er wird ermächtigt, notwendige oder zweckmässige Projektänderungen vorzunehmen, sofern sie den Gesamtcharakter des Projektes nicht verändern. Der Gemeinderat wird ermächtigt, diese Kompetenzen an die zuständige Direktion zu delegieren.

190. Postulat 20140368, Pascal Bord, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Für eine bessere Lastenverteilung zwischen den Arbeitsplätzen, die von der Stadt Biel und vom Kanton Bern finanziert werden"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 1)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Bord Pascal, Groupe UDC/Les Confédérés: Je remercie le Conseil municipal pour sa réponse, même si je ne peux pas m'estimer satisfait, car le sens de mon postulat n'a pas été compris. Par contre, j'ai eu l'occasion d'avoir un dialogue très constructif lors d'une séance à ce sujet avec Madame Steidle et les personnes de son département qui sont compétentes dans ce domaine. Cela a abouti à deux interventions parlementaires déjà déposées. J'attends avec intérêt la réponse du Conseil municipal à ces deux motions. Pour revenir à ce postulat, je propose de suivre le Conseil municipal et de rejeter le postulat puisque les thèmes reviendront.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

191. Postulat 20150036, Salome Strobel, Fraktion SP, "Die vollständige Kompensation der Steuerausfälle durch die Unternehmenssteuerreform III muss gesetzlich gesichert sein!"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 2)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und die Punkte 1 bis 3 abzuschreiben.

Strobel Salome, Fraktion SP: Ich danke dem Gemeinderat für seine Antwort und stelle mit Befriedigung fest, dass er die Folgen der Unternehmenssteuerreform III (USR III) ernst nimmt. Die Folgen dieser Reform wären für Biel verheerend. Auf der Webseite des Bundes habe ich gelesen: *"Die Reform respektiert die kantonale Steuer- und Finanzautonomie, bietet aber Gewähr, dass der interkantonale Wettbewerb ausbalanciert bleibt und dass die finanziellen Auswirkungen für Bund, Kantone und Gemeinden verträglich sind."* Das Wort "verträglich" wird wahrscheinlich nicht von allen gleich verstanden. Für Biel jedenfalls sind CHF 14 Mio. nicht einfach verkraftbar und schon gar nicht verträglich. Die USR III soll zu einer Stärkung des Wirtschaftsstandortes Schweiz beitragen. So wie sie im Moment ausgestaltet ist, bedeutet sie für Biel eher eine Schwächung. Auch der Wirtschaft ist nicht gedient, wenn die Stadt Biel - aufgrund der Steuerreform - die Steuern massiv anheben muss. Für die SP ist die USR III in der jetzigen Form nicht akzeptabel und ich gehe auch davon aus, dass die SP-VertreterInnen im Bundesparlament, wie angekündigt, wenn nötig das Referendum ergreifen werden. Schön wäre es, wenn auch die bürgerlichen Vertreter aus Biel ihren Kolleginnen und Kollegen im eidgenössischen Parlament die Auswirkungen der USR III auf Biel aufzeigen könnten. Die Forderung nach einer Kompensationsmassnahme scheint mir im Moment für Biel ein erfolgsversprechendes Mittel, damit die dunklen Wolken in Schach gehalten werden können. Es freut mich, dass der Gemeinderat Punkt 4 des Postulats erheblich erklären möchte. Ich danke dem Gemeinderat für seine Ausführungen und bin mit dem vorgeschlagenen Vorgehen einverstanden.

Steidle Silvia, directrice des finances: La politique d'imposition cantonale a de quoi nous préoccuper. Le Conseil municipal sort de réflexions et de discussions pour l'assainissement des finances et il part du principe qu'il ne peut pas accepter une nouvelle perte, notamment due à cette réforme. Par sa stratégie 2020 sur l'imposition, le Canton suppose des variantes avec des taux cantonaux d'impositions des bénéficiaires de 16,3%, respectivement de 17,9%. Cela engendrerait des pertes pour la Ville de Bienne de l'ordre de 11 à 13 mio. fr. Cela ne représente pas 15%, mais cela préoccupe le Conseil municipal tout de même. Il s'engage dans les différents organes et il va continuer à se positionner. Le Conseil municipal vous propose d'adopter le postulat en radiant du rôle les points 1 à 3 et d'adopter le point 4.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

192. Überparteiliche Interpellation 20150181, Dana Augsburger-Brom, SP, Christoph Grupp, Grüne und Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Steuerausfälle durch Entlastung Kapital"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 3)

Die InterpellantInnen sind von der Antwort **befriedigt**.

Augsburger-Brom Dana, SP: Wie aus der Antwort des Gemeinderats hervorgeht, entgingen der Stadt wegen Steuerreformen und kalter Progression von 2001 bis 2013 Steuereinnahmen von gesamthaft CHF 22,57 Mio.. Das ist die Hälfte des heutigen strukturellen Defizits der Stadt. Aus der Aufstellung auf den Seiten 1 und 2 der Antwort wird das Hauptproblem für die Stadt ersichtlich. Man kann zwar einwenden, die diesbezüglichen Entscheidungen würden auf höherer Ebene gefällt. Das heisst aber nicht, dass die Stadt Biel nichts machen kann. Ich überlege mir, ob es möglich ist, aufgrund der vorliegenden Beantwortung weitere Vorstösse einzureichen. Auf der letzten Seite der Antwort schreibt der Gemeinderat, dass die bernischen Gemeinden für die sich aus der USR III ergebenden Steuerausfälle mit gesamthaft rund CHF 73 Mio. entschädigt werden sollen, was bei weitem nicht ausreicht. Ich kann mir vorstellen, dass der Städteverband eher das Referendum ergreifen wird, statt die realen Zahlen zu verniedlichen, weil die Städte am meisten unter der USR III leiden. Diesfalls könnte mit der Umsetzung von Punkt 4 des vorgängig diskutierten Postulats 20150036 «Die vollständige Kompensation der Steuerausfälle durch die Unternehmenssteuerreform III muss gesetzlich gesichert sein!» bereits begonnen werden, indem die Stadt in einem allfälligen Referendumskomitee mitmacht. Mit der Beantwortung der Interpellation bin ich zufrieden, mit dem Inhalt der Antwort natürlich nicht.

Grupp Christoph, Grüne: Auch ich danke dem Gemeinderat für die aufschlussreiche Beantwortung der Interpellation. Ich schliesse mich den Ausführungen meiner Vorrednerin an. Die Verluste aus den Vorjahren sind mit CHF 22 Mio. erheblich. Mich erschüttert ein wenig, dass als Antwort auf Frage 3 nicht einmal eine Schätzung möglich sein soll. Die staatlichen Stellen, auch Gemeinden, müssten die Geldflüsse besser überblicken können. Sollte ein solche Möglichkeit fehlen, müsste sie geschaffen werden. Die Intransparenz bereitet mir Sorgen. Die Unternehmenssteuer ist eine wichtige Einnahmequelle für Gemeinden, Kanton und Bund.

Kaufmann Stefan, FDP: Die Interpellation stellt nur Fragen im Zusammenhang mit den Steuerausfällen für die Stadt. Das ist nur ein Teil der finanziellen Wahrheit der Stadt Biel. Im Interesse einer Gesamtsicht wäre auch interessant gewesen zu erfahren, um wieviel die Abgaben und Gebühren der eigenen Anstalten in dieser Zeit angestiegen sind, wieviel Mehreinnahmen dadurch generiert wurden und wie sich die Ausgaben in dieser Zeit entwickelt haben.

Steidle Silvia, directrice des finances: Madame Augsburger, par rapport à la question 5, nous n'avons pas reçu de décision formelle du Canton concernant le montant qu'il versera aux communes pour compenser une partie des pertes. Le Conseil municipal compte au minimum sur un tiers, mais bien entendu, il va demander au Canton l'ensemble des compensations. Monsieur Grupp, en ce qui

concerne la question 3, je regrette aussi de ne pas avoir ces informations. La Ville de Bienne n'est pas l'autorité de taxation et la Confédération et le Canton ne livrent pas ces données.

193. Überparteiliche Motion 20150084, Lena Frank, Grüne, Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Mitgliedschaft der Stadt Biel in der internationalen Kampagne gegen Todesstrafe"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 4)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion als ungültig abzuschreiben.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Entgegen den neuen Richtlinien für den Umgang mit ungültigen parlamentarischen Vorstössen beantragt der Gemeinderat dem Stadtrat, die Motion als ungültig abzuschreiben. Als die Motion eingereicht wurde, waren diese neuen Richtlinien aber noch nicht in Kraft, weshalb trotzdem eine Diskussion stattfindet.

Frank Lena, Grüne: Die Antwort des Gemeinderats und die Ungültigerklärung hat in der Fraktion Grüne für Verwirrung gesorgt. Der Gemeinderat nimmt Bezug auf die Mitgliedschaft in der internationalen Kampagne, die im Titel der Motion erwähnt ist. In beiden Forderungen der Motion ist davon jedoch nicht mehr die Rede. In der Hitze des Gefechtes haben die Urhebenden den Fehler begangen, von Mitgliedschaft zu reden. Mit etwas gutem Willen hätte der Gemeinderat trotzdem auf die Motion eintreten können. Eine Stadt kann unabhängig von einer Mitgliedschaft ein Zeichen setzen und an dieser Kampagne teilnehmen. Auch wenn die Bieler Bevölkerung nicht direkt von der Todesstrafe betroffen ist, könnte sich die Stadt im Kampf gegen die Todesstrafe solidarisch zeigen, weil ja in Europa immer wieder über die Wiedereinführung der Todesstrafe nachgedacht wird. Es ist schade, dass der Gemeinderat nichts unternehmen will.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Frau Frank, wenn die formellen Voraussetzungen eines Vorstosses nicht erfüllt sind, ist es keine Frage des guten Willens. In langen Diskussionen zwischen Stadtratsbüro und Gemeinderat wurde eine neue Handhabung von Vorstössen festgelegt. In den letzten Jahren wurden die einschlägigen Zuständigkeitsregeln zunehmend nicht mehr respektiert. Wenn Ihnen die neuen Regeln nicht passen, sollten Sie versuchen, die Geschäftsordnung des Stadtrats wieder zu ändern anstatt den Gemeinderat zu kritisieren, weil er - in Absprache mit dem Stadtratsbüro - eine korrekte Vorgehensweise gewählt hat. Der Gemeinderat akzeptiert nicht, dass nur er allein für alle symbolischen Handlungen verantwortlich sein soll. Meine Damen und Herren, auch Sie sind Politikerinnen und Politiker. Auch Sie können symbolische Handlungen vollziehen und an Kampagnen teilnehmen. Solche Aktionen liegen ebenso in der Kompetenz des Stadtrats. Der gute Wille des Gemeinderates geht aber viel weiter als Sie vermuten, Frau Frank. Der Gemeinderat hat beschlossen, auf der "table of fame" im Garten des Blöschhauses eine Laterne mit einer Kerze aufzustellen und einen kurzen symbolischen Akt durchzuführen, um seine Ablehnung der Todesstrafe kundzutun.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

194. Interpellation 20150088, Sandra Schneider, Fraktion SVP/Die Eidgenossen, "Bericht Hubacher: wird der Bieler Gemeinderat in Rechtsfragen schlecht beraten?"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 5)

Die Interpellantin ist von der Antwort **befriedigt**.

Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich danke dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation. Ich bin damit zufrieden.

195. Dringliche Motion 20150168, Alfred Steinmann, Fraktion SP, "Vereidigung von Gemeinderatsmitgliedern"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 6)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Steinmann Alfred, Fraktion SP: Meine Motion fordert, dass Mitglieder des Gemeinderates, welche nicht zuvor schon Mitglied des Stadtrates und als solches obligatorisch vereidigt waren, vereidigt werden sollen. Vereidigt werden in der Schweiz vorwiegend Personen mit politischen Ämtern, zum Teil auch Beamte wie beispielsweise PolizistInnen, aber auch ZeugInnen in einem Gerichtsverfahren. Auch DolmetscherInnen und ÜbersetzerInnen müssen vereidigt werden. Mitglieder des Nationalrats und des Ständerats werden vereidigt. Der Grosse Rat lässt seine Mitglieder vereidigen oder ein Gelübde ablegen. Auch die Bieler Stadtratsmitglieder werden vereidigt oder müssen ein Gelübde ablegen, wonach sie Verfassung und Gesetze einhalten werden. In Biel werden aber die gewählten Mitglieder des Gemeinderates nicht vereidigt. Der Aufwand für diejenigen, die vorher nicht dem Stadtrat angehörten, wäre eigentlich gering. Bei der Vereidigung geht es auch um die innere Haltung und darum, die Gesetze zu respektieren. Zwar hat der Kanton die Verpflichtung zur Vereidigung aufgehoben, trotzdem werden seine Grossratsmitglieder vereidigt. Nach den letzten letzten Bieler Wahlen hat der damalige Regierungsstatthalter, Herr Könitzer, in diesem Saal Folgendes gesagt: *"Laut dem bernischen Gemeindegesetz ist grundsätzlich keine Vereidigung von GemeindepolitikerInnen mehr vorgesehen. Die Gemeinden erhielten aber die Möglichkeit, in ihren Reglementen zu bestimmen, ob sie für bestimmte Funktionen eine Vereidigung noch vorsehen. Die Gemeinde Biel hat die Regelung erlassen, dass die Mitglieder des Stadtrates zu vereidigen sind, die des Gemeinderats hingegen nicht. Im Prinzip müssten aber die Mitglieder der Exekutive, also des Gemeinderates ebenfalls vereidigt werden. Gerade sie sind ja verpflichtet, die geltenden Gesetze*

strikte einzuhalten und anzuwenden und die Verfassung zu respektieren, unabhängig von ihrer persönlichen politischen Meinung. Die Mitglieder der Legislative hingegen können (fast) alles tun und lassen was sie wollen, sie können gesetzes- und verfassungswidrige Anträge stellen, ohne dabei ihre Amtspflicht zu verletzen, also macht ein Eid oder ein Gelübde auf unsere Verfassung eigentlich wenig Sinn." Das ist ein Zitat aus dem Stadtratsprotokoll vom 17. Januar 2013. Ich frage die beiden Mitglieder des Gemeinderates, die vorher nicht dem Stadtrat angehörten, ist es schlimm, wenn sie sich noch einer Vereidigung unterziehen müssten? Welchen Stellenwert haben für Sie die Eigenverantwortung und die Einhaltung der Gesetze, Frau Steidle oder Herr Feurer? Ich denke, eine Vereidigung der Gemeinderäte wäre in der heutigen Zeit weiterhin sinnvoll und kostet auch kaum etwas. Es wäre ein Symbol an die Bevölkerung, dass sowohl der Gemeinderat wie auch der Stadtrat ihre Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen machen. **Deshalb halte ich an meiner Motion fest.**

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat hat diese Frage intensiv diskutiert und ist zum Schluss gekommen, er wolle keine rein symbolische Handlung einführen, die keinen Mehrwert bringt. Die Vereidigung ist nicht Voraussetzung, um das Amt anzutreten. Mit dem Antreten zur Wahl und der Annahme des Gemeinderatsmandates, übernehmen die neuen Gemeinderätinnen und -räte die Pflichten, die ihnen auferlegt sind. Der Gemeinderat geht davon aus, dass sich nur Personen für den Gemeinderat und Stadtrat zur Verfügung stellen, die diese Ämter nach bestem Wissen und Gewissen und unter Respektierung der geltenden Gesetze ausüben. Das finde ich in einem demokratischen Gemeinwesen, in einem Rechtsstaat, eine Selbstverständlichkeit. Auch ist meines Erachtens die von Herrn Steinmann zitierte Aussage des Regierungsstatthalters falsch, wonach die Mitglieder der Exekutive absolut gesetzestreu handeln müssten, die Parlamentarier hingegen machen können sollen, was sie wollen. Alle müssen im Rahmen der geltenden Rechtsordnung ihre Aufgabe nach bestem Wissen und Gewissen erfüllen, mit oder ohne Vereidigung. Der Gemeinderat erkennt hier keinen Mehrwert. Frau Steidle und Herr Feurer haben aber an und für sich kein Problem mit der Vereidigung, weil sie gewillt sind, ihr Amt nach den genannten Grundsätzen auszuüben.

Feurer Beat, Direktor Soziales und Sicherheit: Es ist nicht üblich, dass einzelne Mitglieder des Gemeinderates nach der Antwort namens des Gemeinderates noch persönliche Erklärungen abgeben. Deshalb verweise ich auf die Beantwortung des vorliegenden Vorstosses.

Steinmann Alfred, Fraktion SP: Es geht einfach um das Ungleichgewicht zwischen Stadt- und Gemeinderat: Wenn meine Motion abgelehnt wird, heisst das eigentlich, dass auch der Stadtrat nicht mehr vereidigt werden müsste. Das wäre die Konsequenz.

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Steinmann, die Motion erheblich zu erklären.

Der Antrag von Herrn Steinmann wird abgelehnt. Die Motion ist somit nicht erheblich erklärt.

196. Motion 20150085, (Samantha Dunning), Caroline Jean-Quartier, Fraktion SP, "Stellvertretungssystem im Stadtrat einführen"

(Text der Motion und Antwort des Stadtratsbüros siehe Anhang Nr. 7)

Das Stadtratsbüro beantragt, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Jean-Quartier Caroline, au nom du Groupe socialiste: Par cette motion, Madame Dunning demandait que soit instauré un système de suppléance au sein du Conseil de ville. En effet, sa demande se basait sur le taux assez élevé d'absentéisme dans cet hémicycle depuis quelque temps. En tant que parlementaires de milice, nous avons également une vie privée, professionnelle et associative en dehors de nos activités politiques. Il est donc possible, que pour des raisons de santé, des raisons familiales ou professionnelles, suite à une participation à une représentation culturelle ou à une compétition sportive, nous ne puissions siéger pendant une, deux ou trois séances. Il est important d'encourager maintenant activement la conciliation entre travail, famille et vie politique.

Les électeurs et électrices nous ont certes fait confiance en nous élisant. Toutefois, ils et elles ont avant tout fait confiance à des valeurs, des idées, que nous représentons ici. Ils et elles ont donc également voté pour une liste. Pour cette raison, le Groupe socialiste pense qu'il serait judicieux d'instaurer un système de suppléance. En effet, il me semble plutôt malsain de compter faire passer ses idées par la seule idée, que dans le «camp adverse» il y ait des absences. Il existe des systèmes de suppléance dans de nombreux parlements, au niveau communal et cantonal. Dans sa motion, Madame Dunning présentait par exemple le système de Moutier, qui est notre préféré, mais nous sommes ouvertes à toutes idées novatrices. À Moutier par exemple, il est prévu que chaque groupe parlementaire ait au moins un(e) suppléant(e). À partir de 5 membres: 2 suppléant(e)s, dès 10 membres: 3 suppléant(e)s et ainsi de suite. Par ce système, l'absentéisme a fortement diminué dans les différents parlements. Le système de suppléance permettrait de faire connaître gentiment le fonctionnement du parlement aux viennent-ensuite, qui souvent entrent pendant la législature. En effet, il est prévu que les premiers viennent-ensuite soient les suppléant(e)s. Une des critiques émises dans la réponse du Bureau du Conseil de ville est le fait que cela donnerait plus de travail au Secrétariat parlementaire. Le travail est minime car ce serait au suppléant ou à la suppléante, après avoir été contacté(e)s par l'élu(e) absent(e), de demander à la Secrétaire parlementaire les documents ou de les trouver sur internet. Le Parlementaire absent serait responsable de trouver un suppléant ou une suppléante. Bien sûr, quelques règles devraient être instaurées. Par exemples, les séances du

Conseil de ville ne pourraient pas être dirigées par une personne suppléante et les personnes suppléantes ne pourraient pas être présentes lors des séances des différentes commissions.

Donc, malgré un avis défavorable de la part du bureau du Conseil de ville, **le Groupe socialiste demande de maintenir cette motion** car ce système de suppléance existe et fonctionne dans d'autres parlements. Le travail dans ce parlement est énorme et ce serait un début de reconnaissance de notre engagement, si l'on accepte que parfois l'un(e) ou l'autre des membres ne puisse pas être présent et soit remplacé(e) par un(e) suppléant(e). Je vous remercie de voter en faveur de cette motion.

Scherrer Martin, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen empfiehlt die Ablehnung der Motion, so wie es auch das Stadtratsbüro beantragt. Die Umsetzung der Motion wäre mit mehr administrativem Aufwand verbunden als die Vorrednerin uns weismachen will. Denken Sie doch an das Thema Vereidigung. Manche der Stellvertretungen müssten vor der Sitzung noch vereidigt werden. Und diese Personen müssten entschädigt werden. Auch die Steuerverwaltung hätte einen Zusatzaufwand, weil sie im Hinblick auf die Besteuerung der Sitzungsgelder auch den Stellvertretungen schreiben müsste. Das Hauptproblem ist jedoch, dass mit diesem System Personen dem Stadtrat angehören, die nicht vom Volk gewählt würden. Das reicht als Grund für die Nichterheblicherklärung der Motion. In der SVP gäbe es zudem viele gute Kandidierende, die sicher viele Stimmen holen würden, aber einfach keine Zeit haben, dieses Amt auch auszuüben. Mit einem solchen Stellvertretungssystem könnten die Parteien solche Personen trotzdem auf die Liste setzen und ihnen zusichern, dass sie nur von Zeit zu Zeit an den Stadtratssitzungen teilnehmen müssten, die restlichen Sitzungen aber von Stellvertretenden bestritten würden. Das darf nicht sein! So viele Absenzen gibt es auch nicht, die ein Stellvertretungssystem nötig machten. Alle Mitglieder des Stadtrates sollen sich verpflichtet fühlen, immer an den Sitzungen teilzunehmen. Das Stellvertretungssystem könnte dazu führen, dass die einen oder andern nur noch nach Belieben an den Sitzungen teilnehmen. Das darf nicht sein!

Frank Lena, Fraktion Grüne: Die Fraktion Grüne ist ebenfalls gegen die Erheblicherklärung Motion und folgt dem Antrag des Stadtratsbüro. Dessen Argumentation ist für unsere Fraktion nachvollziehbar. Zudem ist Regelmässigkeit im Parlamentsbetrieb in unseren Augen wichtig. Rund 13 zusätzliche Personen wären dem abträglich. Für eine eher kleine Partei und Fraktion bedeutete es auch einen nicht ausser Acht zu lassenden personellen Aufwand, weil mehr Mitglieder sich bereit erklären müssten, ein solches Mandat anzunehmen. Und Hand aufs Herz: Wer würde im Wissen, dass es Stellvertretende gibt, nicht hie und da eine Sitzung schwänzen, weil am Fernsehen ein Fussballmatch gezeigt wird oder die Katze Geburtstag hat, insbesondere wenn von einer nicht so spannenden Sitzung ausgegangen wird? Die Fraktion Grüne appelliert an die Verantwortung aller Anwesenden im Saal: Wir sind gewählt, um an den Sitzungen teilzunehmen und die Anliegen der Bieler Bevölkerung zu vertreten. Das sollte Motivation genug sein, dieser Verpflichtung auch nachzukommen. Wenn zwischendurch die Anwesenheit aus familiären Gründen nicht möglich ist, verstehen das sicher alle.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Ich stimme den Ausführungen des Stadtratsbüros und denen meiner Vorrednerin zu. Aber wenn der Stadtrat am Mittwoch- und am Donnerstagabend Sitzung hat und am Montag die vorbereitende Fraktionssitzung stattfindet, wird die Vereinbarkeit von Familie und Politik schwierig. Ich habe grosse Sympathien für das Anliegen von Frau Dunning, werde aber aus den von Frau Frank genannten Gründen der Motion nicht zustimmen.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Auch die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU kann der Antwort des Stadtratsbüros folgen. Wenn Stellvertretungen wirklich ein Anliegen sind, können sie bei der Revision der Stadtordnung noch einmal thematisiert werden. Im Kanton Bern sind solche Versuche bis anhin immer gescheitert.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Auch ich habe Verständnis für das Anliegen von Frau Dunning. Aber ich teile die Meinung von Frau Gurtner-Oesch und bin auch gegen das Stellvertretungssystem, weil es nicht mit der Glaubwürdigkeit unseres politischen Systems vereinbar ist. Es ist verständlich, dass die Stadtratsmitglieder ab und zu nicht an einer Sitzung teilnehmen können. Wer jedoch allzu häufig verhindert ist, sollte sich überlegen, ob er oder sie das Amt weiterhin innehaben will. Ich lehne diese Motion ab.

Grupp Christoph, Grüne: Ich kann das, was fast alle VorrednerInnen gesagt haben, unterstützen. Wie Frau Gurtner-Oesch gesagt hat, ist es tatsächlich häufig schwierig, Beruf, Familie und Politik zu vereinbaren, insbesondere dann, wenn Stadtratsitzungen während der Schulferien angesetzt werden. Mindestens darauf könnte Rücksicht genommen werden. Ich danke dem Stadtratsbüro im Voraus dafür.

Rindlisbacher Hugo, 1. Vize-Präsident: Ich nehme für das Stadtratsbüro Stellung. Die Motionärin begründet die Motion damit, dass durch die vielen Absenzen im Stadtrat die Interessenvertretung der Bieler Bevölkerung nicht gewährleistet sei. Da die Absenzen auf der linken und der rechten Seite sich in etwa die Waage halten, ist diese Sorge eigentlich unbegründet. Ich habe in den Protokollen von 2014 nachgeschaut und festgestellt, dass die Absenzen damals durchschnittlich 11% betragen. Es fehlten im Durchschnitt also nicht 9 Mitglieder des Stadtrats, sondern lediglich 6. Das Stadtratsbüro begründet seine Haltung mit den folgenden Argumenten: Für die Einführung eines Stellvertreterystems müssten verschiedene Erlasse und Reglemente geändert werden, sowie rund ein Drittel mehr StadträtInnen vereidigt werden, die Stellvertretungen müssten mit Unterlagen bedient werden und der Aufwand für die Berechnung der Sitzungsgelder würde stark zunehmen. Dementsprechend würden die Gesamtkosten wesentlich zunehmen. Die Mehrheit des Stadtratsbüros bezweifelt überdies das Argument der Motionärin, die Attraktivität eines Stadtratmandats würde durch ein Stellvertretungssystem stark erhöht. Aus all diesen Gründen empfiehlt Ihnen das Stadtratsbüro, die Motion abzulehnen.

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Da die Fraktion SP für Erheblicherklärung der Motion ist, wird darüber abgestimmt.

Abstimmung

- über den Antrag von Frau Jean-Quartier, die Motion erheblich zu erklären.

Der Antrag wird abgelehnt. Die Motion wird somit nicht erheblich erklärt.

197. Überparteiliches Postulat 20150086, Ruth Tennenbaum, Passerelle und Nathan Güntensperger, GLP, "Für eine zeitgemässe Dossierverwaltung und Informationspolitik ohne Aufschub!"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 8)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Ich danke dem Gemeinderat für die Beantwortung des Postulats und stelle mit Freude fest, dass der Wille, diese längst fällige zeitgemässe Dossierverwaltung an die Hand zu nehmen, vorhanden ist. Der Beantwortung ist zu entnehmen, dass die Stadt etwa zwei Jahre brauchen wird, um dieses Projekt zu realisieren. Daraus kann abgeleitet werden, dass sie selber etwas entwickeln will. Aus meiner Sicht und auch aus Sicht des Mitunterzeichners des Postulats ist das unnötig. Städte wie Basel, Bern, Zürich und auch einige Kantone haben solche Portale schon längst eingeführt. Es gibt genügend Modelle und Anwendungen, die von Biel übernommen werden könnten. Warum also das Rad neu erfinden? In der Antwort fehlt mir zudem eine Aussage zu Punkt 3 des oben erwähnten Postulats. Vielleicht kann sich der Gemeinderat auch noch zur Frage der Durchlässigkeit zwischen Stadtrat, Stadtratsbüro und Verwaltung bei der Geschäftskontrolle und -planung äussern. Ansonsten bin ich von der Beantwortung befriedigt.

Güntensperger Nathan, GLP: 2010 wurden die ersten Schritte zur Realisierung des Stadtratsportals gemacht. Jetzt, im November 2015, sollte das Projekt starten. Die Ausführung wird etwa zwei Jahre dauern. Der Stadtrat kann also für 2018 mit einem Stadtratsportal rechnen. Wie bereits meine Vorrednerin gesagt hat, ist es nicht nötig, dass Biel eine eigene Lösung entwickelt. Ich bin dem Gemeinderat aber dankbar, dass er das Projekt immer noch als opportun bezeichnet.

Steidle Silvia, directrice des finances: Le Département Informatique et Logistique (I&L) n'envisage plus de développer des solutions lui-même. Pour la plateforme d'échange de données dédiées aux parlementaires, nous privilégions une solution "Open Source", qui est déjà utilisée par d'autres groupes de la Ville et aussi par d'autres administrations, cantonales et communales. Ce qui prend du temps, c'est la modélisation des processus, la définition des publics-cibles et des documents qui vont être déposés sur ces plateformes. Lorsque je suis arrivée à la Direction des finances, nous n'avons pas encore Windows 7. Nous avons donc des projets plus prioritaires que celui-ci, mais nous y travaillons. Le développement du système du portail "Mail" dédié aux Parlementaires est quasiment terminé. C'est aussi une solution "open source", dont la base est utilisée par la Ville. Cela prend du temps.

Malheureusement, les retards engendrés par le budget d'urgence ne nous permettent pas de continuer aussi rapidement que nous le souhaitons car ceci ne représente pas une dépense indispensable. Mais, le Conseil municipal trouve ce projet extrêmement important et il y travaille.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Frau Steidle, haben Sie von zwei verschiedenen Systemen gesprochen, einem Stadtratsportal und einer Geschäftsverwaltung, die miteinander verknüpft werden sollen. Muss die Stadt keine Softwarekosten bezahlen, wenn ein open source-System gewählt wird?

Steidle Silvia, directrice des finances: C'est la modélisation des processus, la définition des droits et des ayant-droit qui prend surtout du temps. Le Département I&L n'a pas les ressources pour le faire lui-même. C'est pour cette raison qu'une entreprise externe a été mandatée.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

198. Postulat 20150083, Pablo Donzé, Fraktion Grüne, "Rechtsabbiegen bei Rot für Velofahrer- und -fahrerinnen"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 9)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Donzé Pablo, au nom du Groupe Les Verts: Au vue de la situation décrite par le Conseil municipal et pour en avoir encore discuté avec la Directrice des travaux publics, j'accepte à contrecœur la réponse du Conseil municipal, tout en le priant de suivre le projet pilote de près et de sauter dans la brèche quand l'opportunité se présentera, parce que c'est une mesure, qui légalise un comportement naturel qui tend à fluidifier le trafic.

Bohnenblust Peter, FDP: Die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Sie dankt auch für die Einsicht, dass das Postulat abgeschrieben werden kann. Meines Erachtens fehlt jedoch etwas in der Antwort: In Biel gibt es ausserordentlich viele Ampeln, die für Velofahrende - aber nicht für den motorisierten Individualverkehr - ein Rechtsabbiegen ermöglichen. Das haben wenig Städte, und dafür muss der Stadt ein Kränzchen gewunden werden.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

199. Interpellation 20150111, Christoph Grupp, Grüne, "Fragen zur Kommunikation durch den Gemeinderat vor Abstimmungen"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 10)

Der Interpellant ist von der Antwort **nicht befriedigt**.

Grupp Christoph, Grüne: Natürlich habe ich die vorliegende Interpellation umgehend nach der Ablehnung des Bahnhofplatz-Projektes durch das Stimmvolk eingereicht und natürlich bezogen sich meine Fragen auf diese Abstimmung, aber nicht nur. Von der Antwort bin ich enttäuscht, auch wenn die Abstimmungsergebnisse seit 1992 gesamthaft vielleicht für den Gemeinderat sprechen. In der Antwort werden drei Ablehnungen von Volksvorlagen erwähnt, zwei davon liegen in der jüngsten Vergangenheit. Es liegt somit auf der Hand, dass es schwieriger geworden ist, Mehrheiten zu gewinnen. Die Antwort des Gemeinderates ist mutlos. Es ist klar, dass die Bundesverfassung beachtet werden muss, wie dies der Gemeinderat schreibt. Aber der Bundesrat macht bei eidgenössischen Abstimmungen, mit den gleichen gesetzlichen Grundlagen, deutlich mehr als der Gemeinderat bei kommunalen Abstimmungen. In der Beantwortung wird eine Rede der Bundeskanzlerin, Frau Corina Casanova, vom Januar 2015 erwähnt. Ich möchte daraus andere Stellen zitieren: *"Was den Bundesrat angeht, ist die Lage klar. Der Bundesrat muss seine Haltung äussern und erläutern. Er ist rechtlich verpflichtet, die Bevölkerung zu informieren und sich für die Vorlagen im Abstimmungskampf zu engagieren, die vom Parlament genehmigt worden sind."* Frau Casanova nimmt auch Bezug auf die "Maulkorbinitiative" und auf die Erarbeitung eines Gegenvorschlags: *"Aus meiner Sicht kann man diese Regeln so zusammenfassen: Der Bundesrat ist verpflichtet zu informieren. Er muss dies aber sachlich tun."* Und ein drittes Zitat: *"Auf diesem Weg gilt es Mehrheiten zu schaffen, im Bundesrat, bei den Kantonen, im Parlament und im Volk. Nur wenn die Behörden umfassend informieren, können BürgerInnen ihre politischen Rechte wahrnehmen."* Was Frau Casanova für den Bundesrat sagt, gilt grösstenteils auch auf für den Gemeinderat, weil auch er eine Exekutive ist. Die Antwort des Gemeinderates ist angesichts dieser Zitate extrem formalistisch. Und noch ein praktisches Beispiel: Wenn bezüglich Tissot-Arena die gleiche Zurückhaltung gewahrt worden wäre, wie der Gemeinderat sie in der Beantwortung der Interpellation skizziert, stünden diese Stadien heute sicher nicht. Ich habe damals gegen diese Public Private Partnership-Vorlage (PPP) gekämpft. Es gab beim diesem Projekt Partner, die den Gemeinderat unterstützt haben. Aber ich bin überzeugt, dass es auch bei anderen Volksvorlagen, beispielsweise beim Bahnhofplatz, Partner gegeben hätte, mit denen eine Zusammenarbeit möglich gewesen wäre, so dass der Gemeinderat sich nicht über Gebühr hätte exponieren müssen. Der Verweis auf die ausschliessliche Verantwortung des Stadtrats für Projekte, die von ihm behandelt worden sind, missfiel mir in der Antwort fast am meisten. Das kann ich nicht nachvollziehen. Der Gemeinderat hat eine ganze Verwaltung zur Verfügung, die auf einer ganz andern Ebene über ein Abstimmungsgeschäft informieren kann als wir Stadträtinnen und Stadträte als "Laien". Ich fordere den Gemeinderat auf, seine Haltung in dieser Sache noch einmal eingehend zu überdenken und sich nicht ängstlich hinter formalen Argumenten zu verstecken. Auch die Politik muss heute auf der Klaviatur der Öffentlichkeitsarbeit spielen können und etwas wagen. Ich bin von der Antwort nicht befriedigt.

Bohnenblust Peter, FDP: Ich will nicht wiederholen, was Herr Grupp gesagt hat: mutlos, defensiv, einseitig zitiert. Ich habe die erwähnte Rede der Bundeskanzlerin auch gelesen. Die Verantwortung kann nicht allein beim Stadtrat liegen. Wir haben das anlässlich der Budgetabstimmung erlebt. Ich werde anschliessend eine dringliche Interpellation einreichen, um zu erreichen, dass der Gemeinderat seine Position noch einmal überprüft und dem Stadtrat fundiert darlegt, ob er wirklich nicht mehr machen darf. Ich bin überzeugt, dass er mehr machen kann und muss, insbesondere wenn im Abstimmungskampf gelogen wird.

Dillier Adrian, SVP: Herr Grupp hat den Bundesrat als Vorbild genannt. Was im Bundesbern läuft ist unlauter, mit rund 800 Beratern - die dem Bundesrat zur Seite stehen - wird versucht, das Volk zu manipulieren. Der Bundesrat ist sicher kein Vorbild, und der Gemeinderat hat recht, dass er sich im Abstimmungskampf zurückhält. Es ist - wie übrigens auch der Bundesrat - die Exekutive, die vollzieht, was die Legislative beschliesst. Nicht die Regierung, sondern das Volk ist der Chef - das Volk, das abstimmt und das nicht so dumm ist, wie manche immer behaupten.

Arnold Niels, SP: Die Fraktion SP findet, dass der Gemeinderat in seiner Beantwortung den Sachverhalt klar darstellt. Seine Aufgabe ist, vollständig und sachlich zu argumentieren und Transparenz zu schaffen. Das ist mit den Botschaften sichergestellt. Es ist richtig, dass der Gemeinderat drei Wochen vor dem Abstimmungstermin im Grundsatz keine Stellungnahmen mehr abgeben soll. Es wissen jedoch alle, dass die Informationskanäle ganz anders laufen. So wurden noch eine Woche vor der Abstimmung über das Budget Gemeinderäte interviewt... Es gibt auch keine statistische Signifikanz, wonach der Gemeinderat die Abstimmungsvorlagen ungenügend begleitete. Im Gegenteil: 98% aller Abstimmungsvorlagen wurden im Sinne des Gemeinderates angenommen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Immer dann, wenn das Abstimmungsergebnis nicht dem entspricht, was man sich gewünscht hat, wird der Gemeinderat mitverantwortlich gemacht. Ich empfehle, dass alle zuerst den Fehler bei sich selber suchen. Meistens bestimmen verschiedene Faktoren das Abstimmungsergebnis. Ich behaupte, dass keine einzige Abstimmung in Biel aufgrund der Haltung des Gemeinderats verloren wurde. Die Abstimmungskämpfe auf Bundesebene laufen anders ab als solche in Gemeinden. Der Bundesrat verschickt keine Mediencommuniqués. Es gibt insbesondere in den Medien Sendungen, wie beispielsweise die "Arena", wo die Vorlagen jeweils in Anwesenheit des federführenden Bundesratsmitglieds kontrovers diskutiert werden. Solche Auftritte sind mit den Möglichkeiten der Medien auf lokaler Ebene nicht realisierbar. Entsprechend hat die Exekutive auf Gemeindeebene weniger Möglichkeiten, im Abstimmungskampf aufzutreten. Die Verantwortung für die Redaktion der Botschaften ist nicht überall gleich geregelt: Der Stadtrat von Biel verantwortet die Botschaften vollumfänglich selbst, bis zu den Pro und Kontra und den Argumenten von allfälligen Referendums- und Initiativkomitees. Damit hat der Bieler Stadtrat eine stärkere Verantwortung als die Legislativen anderer Gemeinden. Nur der Stadtrat kann das ändern! Und noch etwas: Information ist selten spektakulär, sondern meist relativ sachlich. Im Abstimmungskampf wünscht man sich jedoch etwas Peppiges, manchmal auch ein wenig Tendenziöses. Genau diese Erwartungen kann die Exekutive nicht erfüllen. Dass Herr Bohnenblust mit einer anderen Volksvorlage als Herr Grupp quasi zu den gleichen Schlüssen kommt, zeigt dem

Gemeinderat, dass die gemeinderätliche Haltung neutral und immer gleich ist. Der Gemeinderat stellt sich nicht gegen ein regelmässiges Hinterfragen dieser Praxis, sollten neue Kommunikationsinstrumente zur Verfügung stehen. Vom Grundprinzip will er aber nicht abweichen.

200. Überparteiliche Interpellation 20150087, Dana Augsburger-Brom, SP und Ruth Tennenbaum, Passerelle, "Neue Organisationsform der Fachstelle Arbeitsintegration"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 11)

Die Interpellantinnen sind von der Antwort **befriedigt**.

Augsburger-Brom Dana, SP: Ich danke für die Antwort, mit der ich zufrieden bin. Mit der Frage 6 wurde nicht die Regionalisierung in Frage gestellt, sondern nur die Finanzierung und die Aufteilung der Kosten. Zu den Fragen 7, 9 und 10 habe ich per Mail noch Zusatzfragen gestellt, die mir aber erst später beantwortet werden können. Es geht dabei unter anderem um die Offerten an die Gemeinden für das Einkaufen von Dienstleistungen. Mir wurde versprochen, dass ich zu gegebener Zeit in geeigneter Form informiert werde.

201. Kleine Anfrage 20150232, Dennis Briechle, GLP, "Neu benannte Strassen im Bözingenfeld"

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Gemäss Art. 43 Abs. 3 Geschäftsordnung des Stadtrates von Biel (SGR 151.21) werden kleine Anfragen nicht begründet und über ihre Beantwortung findet keine Diskussion statt. Wir gehen deshalb direkt weiter zu den Begründungen der Dringlichkeit von Vorstössen.

202. Begründung der Dringlichkeit überparteiliche Interpellation Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Andreas Sutter, Fraktion BVP/CVP/BDP, Dennis Briechle, Fraktion GLP "Lügen der Budgetgegner und unverständliches Schweigen des Gemeinderates"

Bohnenblust Peter, FDP: Nächstens findet wieder eine Budgetabstimmung statt. Deshalb ist der Vorstoss dringlich. Die Urhebenden möchten wissen, welche Argumente der Budgetgegnerschaft eindeutig falsch waren. Die Unterzeichnenden sind überzeugt, dass der Gemeinderat seine Haltung gestützt auf die Praxis anderer Institutionen noch einmal überprüfen muss.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

203. Begründung der Dringlichkeit Motion Glenda Gonzalez, Fraktion SP "Die Anzahl verfügbarer Plätze in den Bieler Empfangsklassen anpassen"

Gonzalez Glenda, PSR: L'urgence de la motion se justifie par la situation exceptionnelle en Ville de Bienne. Beaucoup de familles avec des enfants en âge préscolaire sont arrivées. La capacité d'accueil est à son maximum et des enfants ne peuvent pas être scolarisés.

Die Dringlichkeit wird gewährt.

Sitzungsunterbruch: 19.45 - 20.45 Uhr

204. Motion 20150108, Niklaus Baltzer, SP, "Partielle Sperrung des Bahnhofplatzes für den MIV"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 12)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, dieses erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Baltzer Niklaus, SP: Nach der Ablehnung der Neugestaltung des Bahnhofplatzes durch das Volk ist mir bewusst geworden, dass ich mich immer ärgere, wenn ich den Bahnhofplatz quere. Als Velofahrer ärgere ich mich über die FussgängerInnen, als Fussgänger ärgere ich mich über die Securitas, als Autofahrer über die FussgängerInnen und den öV und wenn ich im Bus sitze, ärgere ich mich über den Rest. Das war für mich ein Zeichen, dass die Stadt wirklich ein Problem hat. Ich habe das Abstimmungsresultat so interpretiert, dass die Bieler Bevölkerung nicht will, dass der Bahnhofplatz für Autos gesperrt wird. Deshalb habe ich die vorliegende Motion eingereicht. In der Fraktion SP spürte ich ziemlich viel Widerstand gegen meinen Vorstoss und erkenne deshalb, dass ich einige Punkte zu scharf und zu unklar formuliert habe, und wohl etwas mehr Flexibilität Not täte. Herr Briechle hat mir vorgängig zwar mitgeteilt, dass die Fraktion GLP mein Anliegen unterstützen würde, wenn ich von einem Versuch reden würde und mein Anliegen offener formuliere. Deshalb reiche ich einen neuen Vorstoss ein und **ziehe die Motion 20150108 zurück.**

205. Motion 20150112, Christoph Grupp, Grüne, "Keine zusätzlichen Parkplätze am Bahnhof ohne Gesamtplanung"

(Text der Motion und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 13)

Der Gemeinderat beantragt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln, dieses erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Grupp Christoph, Grüne: Vordergründig richtet sich meine Motion zwar gegen die zusätzlichen Kurzzeitparkplätze hinter dem Bahnhof, die in enger Verbindung mit der Vorlage Neugestaltung Bahnhofplatz standen und in diesem Zusammenhang ein gewisses Gleichgewicht ergeben hätten. Das Grundanliegen der Motion aber ist, dass jetzt nicht Einzelmassnahmen aus einem Gesamtkonzept gebrochen und vorgezogen werden. Wenn das Problem neu angegangen werden soll, muss das ganzheitlich geschehen. Der Gemeinderat geht diesen Weg ebenfalls. Deshalb mache ich beliebt, zwar **die Motion in ein Postulat umzuwandeln** (mindestens solange die Motion 20140328 «"Kiss & Ride" Südseite Bahnhof» von Cécile Wendling nicht zurückgezogen ist), **aber nicht abzuschreiben**. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir diesbezüglich folgen könnten.

Wendling Cécile, FDP: Herr Grupp verfolgt mit seinem Vorstoss einzig das Ziel, die Zufahrtsmöglichkeit und damit eine Kiss & Ride-Zone auf der Südseite des Bahnhofs zu verhindern. Mit meiner Motion 20140328 «"Kiss & Ride" Südseite Bahnhof» möchte ich erreichen, dass die bereits bestehende Zufahrtsmöglichkeit offiziell genutzt werden kann. Das kostet nicht CHF 300'000.-. Es ist allgemein bekannt, dass die Direktion Bau, Energie und Umwelt bei gewissen Projekten gerne hohe Ansätze festlegt. Eine solche vorsorgliche Massnahme würde einer kohärenten und kosteneffizienten Planung nicht entgegen stehen, schreibt der Gemeinderat in seiner Antwort. Herr Grupp, auch ohne Zufahrtsmöglichkeit auf der Südseite des Bahnhofs wird die Bieler Bevölkerung das Auto künftig nicht zu Hause lassen. Diese Autos werden dann einfach den Bahnhofplatz zusätzlich belasten und damit auch den öffentlichen Verkehr behindern. Statt also die südseitige Zufahrt zu bekämpfen, sollten Sie sich besser für den öffentlichen Verkehr einsetzen... Die Zufahrt auf der Südseite des Bahnhofs ist praktisch und hat ein grosses Einzugsgebiet. Wie gesagt, geht es darum, den Bahnhofplatz zu entlasten, denn die Situation ist und bleibt prekär. Das Stimmvolk hat das vom Gemeinderat vorgelegte Projekt Bahnhofplatz zwar abgelehnt, das bedeutet aber nicht, dass es die heutige Situation gutheisst. Die Zufahrtsmöglichkeit für Fahrzeuge auf der Südseite ist eine einfach zu realisierende Entlastung, die sicher im Sinne aller BielerInnen ist, die den Bahnhofplatz in irgendeiner Art nutzen. Der Stadtpräsident hat im Januar in Bezug auf die Kiss & Ride-Anlage gesagt, die Zufahrt könne das innerstädtische Strassennetz entlasten. Er hat die Anlage auch als sinnvolle und wichtige Ergänzung für die Erreichbarkeit des Bahnhofs bezeichnet, was sicher auch heute noch gilt. Ich bitte den Stadtrat deshalb, den vorliegenden Vorstoss nicht erheblich zu erklären.

Baltzer Niklaus, SP: Eigentlich müsste die Abstimmung über das Postulat 20140328 von Frau Wendling, «"Kiss & Ride" Südseite Bahnhof» wiederholt werden, weil sich die Voraussetzungen verändert haben. Mit der Bahnhofplatzvorlage war geplant, die Zufahrt für Fahrzeuge auf der einen Seite des Bahnhofs einzuschränken, ihnen aber auf der andern Seite eine neue Zufahrtsmöglichkeit zu ermöglichen, also zwei Anliegen miteinander zu koppeln. Es stellt sich die Frage, wie viel Geld in einen Standort investiert werden soll, wenn dort in ein paar Jahren die Autobahn durchführen wird? Insofern unterstützt die Fraktion SP den Motionär, wenn er sein Anliegen als Postulat aufrechterhalten will.

Scherrer Martin, SVP: Als es um den Bahnhofplatz ging, waren sowohl die SP als auch die Grünen für eine Entlastung des Bahnhofplatzes. Die Motion von Frau

Wendling für die Schaffung einer Kiss & Ride-Zone würde eine Entlastung bringen. Aber jetzt ist die Entlastung plötzlich nicht mehr so wichtig. Wenn SP und Grüne wirklich eine Entlastung wollen, müssen sie die Motion von Frau Wendling unterstützen oder die Motion von Herrn Grupp ablehnen.

Bösch Andreas, Grüne: Sowohl Herr Scherrer als auch Frau Wendling gehen davon aus, dass es nur darum geht, die Kiss & Ride-Zone zu verhindern. Das ist nicht der Fall. Der Vorstoss von Herrn Grupp fordert, dass zukünftige Massnahmen in einem Gesamtkonzept integriert werden. Dagegen kann sich doch niemand wehren. Wer jemanden zum Bahnhof bringt, muss nicht unbedingt vor den Bahnhof fahren. Im Übrigen finde ich, sowohl die Motion für eine Kiss & Ride-Zone als auch der Vorstoss von Herrn Grupp, welcher ein Gesamtkonzept fordert, können aufrechterhalten werden.

Ritter Jeremias, GLP: Ich finde auch, für den Bahnhof sei ein Gesamtkonzept nötig. Ein solches wird aber erst in einigen Jahren realisiert werden können. Ich begreife nicht, warum nicht auch kurzfristig günstige Lösungen gesucht werden. Vielleicht würde es schon genügen, das Fahrverbotsschild zu entfernen...?

Wendling Cécile, FDP: Die einzig relevante Konsequenz aus dem Vorstoss von Herrn Grupp ist die Verhinderung der Kiss & Ride-Zone. Das Gesamtkonzept muss auf jeden Fall kommen, nur schon im Zusammenhang mit der A5.

Steinmann Alfred, SP: Vor dem Bahnhof gibt es genügend Kiss & Ride-Zonen. Wenn hinter dem Bahnhof solche Parkplätze angeboten werden, werden sie zu Kiss & Shop-Zonen. Ich weiss nicht, ob wir das wollen. Deshalb finde ich nach wie vor, zuerst sei ein Gesamtkonzept notwendig.

Bohnenblust Peter, FDP: Eine einfache, pragmatische Lösung mit "Kiss & Ride" würde fast nichts kosten und würde den Bahnhof auf der Seite Stadt wesentlich entlasten. Es wird schon lange eine Lösung hinter dem Bahnhof verlangt. Beim Robert Walser-Platz ist das leider nicht gelungen, weil im Stadtrat damals andere Mehrheitsverhältnisse herrschten. Wenn etwas verhindert werden soll, wird immer ein Gesamtkonzept verlangt. Aber das braucht Zeit und kostet Geld. Es würde allen dienen, den Autofahrenden, den Velofahrenden und vor allem auch dem öV vor dem Bahnhofplatz, wenn die Zufahrt für Fahrzeuge hinter dem Bahnhof ermöglicht würde. Ich empfehle Herrn Grupp, seinen Vorstoss zurückzuziehen.

Tennenbaum Ruth, Passerelle: Es braucht keine Parkplätze hinter dem Bahnhof. Die Fahrverbotstafel sollte aber entfernt werden. So könnten die Leute zum Bahnhof fahren, jemanden abholen oder aussteigen lassen und nachher wieder wegfahren. Mehr ist nicht nötig. Dafür ist kein Gesamtkonzept notwendig.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Vorstoss wurde - aufgrund der operativen Verantwortung für die Umsetzung - ursprünglich der Direktion Bau, Energie und Umwelt (BEU) zugewiesen. Der Vorstoss von Frau Wendling wurde demgegenüber der Präsidioldirektion zugeteilt, weil dabei die planerischen Aspekte im Vordergrund standen. Weil die beiden Vorstösse zusammengehören, hat der Gemeinderat den Vorstoss von Herrn Grupp schliesslich auch der Präsidioldirektion übertragen. Da es in der Stadt Biel keine Vox-Analysen gibt, kann nicht abschliessend gesagt werden,

welche Argumente zur Ablehnung des Bahnhofplatzprojektes geführt haben. Etwas provokativ könnte davon ausgegangen werden, dass, wer eine Teilentlastung des Bahnhofplatzes befürwortet, auch für ein "Kiss & Ride" auf der Südseite des Bahnhofs oder aber auch für eine Sperrung des Bahnhofplatzes für den motorisierten Individualverkehr (MIV) in Spitzenzeiten ist, wie dies Herr Baltzer mit seiner nun leider zurückgezogenen Motion 20150108 angeregt hat. Deshalb bitte ich die Stadtratsmitglieder, sich nicht gegenseitig Unaufrichtigkeit vorzuwerfen. Wichtig scheint mir die Feststellung, dass das vom Stimmvolk abgelehnte Bahnhofplatzprojekt eine Gesamtlösung gewesen wäre, die im ganzen Perimeter Bahnhofplatz zu Entlastungen geführt hätte. Auch wenn die Gründe für die Ablehnung wie gesagt nicht genau analysiert werden können, vermute ich, dass die Bevölkerung die Situation als nicht so schlimm empfindet, als dass kurzfristige Massnahmen getroffen werden müssten. Also warten wir die weiteren Entwicklungen ab... Der Gemeinderat schlägt deshalb vor, den Vorstoss von Herrn Grupp in ein Postulat umzuwandeln. Bis es zu einer Neuauflage des Geschäfts Bahnhofplatz kommt, werden verschiedenste Entwicklungen neue Massnahmen bedingen. Auf diese soll dann flexibel reagiert werden. Wenn aber jetzt, so kurz nach der Abstimmung, eine Änderung - egal in welche Richtung - beschlossen würde, könnte das als Missachtung des Volkswillens oder als Zwängerei empfunden werden. Die Veränderung des MIV in den nächsten Jahren ist nur einer von mehreren Parametern, die es zu berücksichtigen gilt. Wenn beispielsweise die regionale Verkehrskonferenz einen Ausbau des öffentlichen Verkehrs beschliesst, in Form von Taktverdichtungen oder mehr Linien, oder wenn wegen der Anpassung der Linienführungen gewisse Umsteigebeziehungen geändert werden, können sich die Verkehrsströme wieder verändern. Dann muss mit geeigneten Massnahmen direkt vor Ort, aber möglicherweise auch in einem weiteren Perimeter, interveniert werden. Ich habe einmal gesagt, Kurzzeitparkplätze auf der Südseite seien eine weiterer Teil der Entlastung des Verkehrsnetzes. Aber das war im Zusammenhang mit der gesamten Bahnhofplatz-Vorlage. Deshalb darf diese Aussage jetzt nicht isoliert betrachtet werden. Der Gemeinderat will jetzt die Entwicklung in den nächsten zwei, drei Jahren abwarten. Wenn sich etwas substantiell verändert, wird er reagieren, möglicherweise rein operativ in der Kompetenz der Direktion Bau, Energie und Umwelt. Noch eine Bemerkung zu den Kosten von CHF 300'000.- für die Zufahrt zur geforderten Kiss & Ride-Zone: Die heutige Zufahrt entspricht nicht den Vorschriften für Strassen mit Kreuzungsverkehr: Sie ist nicht breit genug und müsste entsprechend angepasst werden. Zudem dient die Zufahrt auch als Veloroute. Deshalb müsste auch die Sicherheit für die Velofahrenden gewährleistet werden können. Die Realisierung einer solchen Zone wäre somit sicher anspruchsvoller als gewisse RednerInnen es sich vorstellen...

Grupp Christoph, Grüne: Ich bin ob den Ausführungen des Stadtpräsidenten ein wenig beruhigt, weil ich daraus schliesse, dass in nächster Zeit nichts geschehen wird. Ich will meinen Vorstoss aber trotzdem als Postulat aufrechterhalten, nicht abschreiben. Die Ausgestaltung des Bahnhofzugangs fällt schon jetzt massiv zu Ungunsten des Langsamverkehrs aus. Wenn jetzt noch zusätzliche Parkplätze geschaffen werden sollen, wird das Ungleichgewicht zugunsten des MIV akzentuiert. Dann würde das Chaos perfekt. Hinter dem Bahnhof gibt es das riesige Coop-Parking. Wer am Bahnhof jemanden abholen oder jemanden zum Bahnhof bringen will, sollte bereit sein, 50 Rappen für das Parkieren zu bezahlen. Die Zone, wo Kiss &

Ride eingerichtet werden soll, ist im Moment ein Carterminal. Dort steigen unter anderem Bieler Schulklassen in den Car, um ins Skilager zu fahren. Wenn diese Zone dem Verkehr ausgesetzt wird, entsteht ein Sicherheitsproblem. Und vorne müssten die Autofahrenden in die stark befahrene Strasse, die auch vom BTI-Bähnli benützt wird, einbiegen. Trivial ist dieser Zugang hinter dem Bahnhof also nicht. Im Moment ist die Zone ruhig, so dass FussgängerInnen und Velofahrende ohne Angst vor Autos zum Bahnhof gelangen können. Dieser geschützte Rahmen sollte nicht gefährdet werden, wenn FussgängerInnen schon vor dem Bahnhof ständig dem Verkehr ausgesetzt sind. Ich erhalte das Postulat aufrecht, solange die Motion von Frau Wendling aufrechterhalten wird. Ich danke für Zustimmung.

Fischer Pascal, Die Eidgenossen: Wenn etwas verhindert werden soll, werden Gefahren für die Kinder an die Wand gemalt und massiv übertrieben dargestellt. Zum Beispiel befürchtet man sofort eine Massenkarambolage, wenn einmal jemand mit dem Velo über ein Trottoir fährt. Die Kinder lernen mit dem Verkehr umzugehen. Sie wachsen damit auf, auch wenn es doppelt so viele Autos und BTI-Bähnli gäbe. Herr Grupp, wieviele tödliche Unfälle hat es auf dem Bahnhofplatz gegeben, und wie oft hat eine Massenkarambolage den Verkehr dort zum Erliegen gebracht? Das sind alles lächerliche Aussagen...

Scherrer Martin, SVP: Ich fahre täglich mit dem Velo von der Mühlefeldstrasse zur Hinterseite des Bahnhofs, weil ich mit dem Zug zur Arbeit fahre und das Velo hinter dem Bahnhof abstelle. Mir kamen schon das Polizeifahrzeug und sogar ein Car entgegen, und ich hatte immer noch drei Meter Platz, so dass sogar noch ein Car und ein Auto kreuzen könnten. Der Platz wäre also da, und gefährlich wäre die vorgeschlagene Lösung auch nicht...

Briechele Dennis, GLP: Würde der Gemeinderat die Ablehnung dieses Vorstosses als Auftrag verstehen, auf besagter Zufahrt irgendwelche baulichen Massnahmen zu treffen?

Fehr Erich, Stadtpräsident: Nein, das würde er nicht.

Grupp Christoph, Grüne: Ich habe gehört, dass meine Idee erst mehrheitsfähig wird, wenn es Tote gibt und **ziehe daher meinen Vorstoss zurück.**

206. Postulat 20150110, Lena Frank, Grüne, "TiSA: Auswirkungen und Handlungsmöglichkeiten"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 14)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und als erfüllt abzuschreiben.

Frank Lena, Grüne: Dank Wikileaks wurde bekannt, dass TiSA (Trade in Services Agreement) von 50 Nationen hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. TiSA ist ein in dieser Form neues Freihandelsabkommen. Es beinhaltet einige Punkte, die es

praktisch unmöglich machen, dessen Folgen wirklich abschätzen zu können. Die meisten der bedenklichen Punkte betreffen die Marktöffnung und die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen. Die Vereinbarungen könnten nicht mehr rückgängig gemacht werden. Das widerspricht gänzlich meiner Haltung. Es ist mir bewusst, dass die Bürgerlichen der Liberalisierung nicht abgeneigt sind. Gewisse Punkte sollten allerdings auch ihnen zu denken geben. Der Gemeinderat erkennt die Wichtigkeit des Abkommens und will das Postulat erheblich erklären und als erfüllt abschreiben. Dem kann ich nichts entgegensetzen, da meine Fragen beantwortet worden sind. Trotzdem bin ich froh, dass der Gemeinderat die Wichtigkeit erkennt. Die Abschreibung wird vor allem beantragt, weil die Stadt auf transnationale geheime Verhandlungen keinen Einfluss nehmen kann, was laut Gemeinderat auch nicht ihre Aufgabe ist. Aus diesem Grund möchte der Gemeinderat nicht, dass Biel zur TiSA-freien Zone erklärt wird. Genau diese Begründung folgt der undemokratischen Logik des Abkommens, das geheim am Volk vorbei verhandelt wird. Es ist unserer Demokratie nicht würdig, dass das Volk keinen Einfluss auf die verheerenden Entscheidungen hat. Würde sich die Stadt als TiSA-freie Zone bezeichnen, wäre dies ein starkes Zeichen, welches beispielsweise Zürich schon gesetzt hat. Gemeinsam könnten diese Städte dem Bundesrat ein Signal gegen die undemokratischen Methoden, die hier verwendet werden, senden, ein Signal, das zeigt, dass Biel damit nicht einverstanden ist und die Verhandlungen so nicht geführt werden dürfen. Das Thema bleibt präsent und die Gemeinden werden die Auswirkungen des Abkommens ausbaden müssen. Ich bin mit den Antworten auf meine Fragen mehr oder weniger zufrieden, bis auf den Umstand, dass der Gemeinderat nicht bereit ist, die Stadt Biel als TiSA-freie Zone zu erklären.

Pichard Alain, GLP: Wenn ich mich nicht irre, ist das TiSA-Abkommen nur ein Teil des transatlantischen Freihandelsabkommens TTIP. Das TiSA-Abkommen macht auch mir Bauchweh, weil beispielsweise die Schulen davon betroffen sind. Es gibt mehrere ganz grosse Player, die auch in die Schulen eingreifen wollen. Die PISA-Studien sind ein solcher Ausfluss. Jetzt soll der Einfluss auf die nationalen Schulsysteme ausgedehnt werden. Trotzdem gilt es vorsichtig zu sein, denn auch andere Kräfte schießen gegen TiSA, beispielsweise Marine Le Pen, Pegida, die faschistische Morgenröte aus Griechenland und auch Donald Trump, der aus allen Rohren gegen TiSA schießt. Das könnte in ein sehr rechtes, nationalistisch gefärbtes "Gebräu" umschlagen. Es wäre mir nicht wohl, wenn eine lokale Organisation wie der Stadtrat ein solches Zeichen setzen würde. Deshalb mache ich beliebt, das Postulat erheblich zu erklären, und die Diskussion auf anderer Ebene weiterzuführen.

Dillier Adrian, Fraktion SVP/Die Eidgenossen: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um die Position eines Grossteils der SVP darzulegen. Mit diesem Abkommen wird Grosskonzernen die Möglichkeit eröffnet, gegen Staaten zu klagen. Staaten haben aber keine Möglichkeit, gegen Konzerne zu klagen. Das ist undemokratisch, weshalb wir das Abkommen ablehnen. Die USA versucht mit aller Macht, Europa wirtschaftlich zu bevormunden. Auch deshalb lehnt die SVP das Abkommen ab, und zwar nicht weil wir Rechtsextreme wären, sondern einfach, weil uns an der Freiheit unseres Landes liegt.

Gurtner-Oesch Sandra, GLP: Ich finde die Diskussion sehr spannend, aber der Stadtrat ist das falsche Gremium dafür. Diese Diskussion muss auf Bundesebene

geführt werden. Ich bin dafür, dass der Stadtrat über diejenigen Anliegen diskutiert, die er mit seinen Entscheiden beeinflussen kann.

Augsburger-Brom Dana, SP: Frau Gurtner-Oesch, ich würde gerne auf Bundesebene diskutieren, aber das kann ich nicht. Das Abkommen betrifft uns alle, also dürfen wir über TiSA diskutieren. Eigentlich geht es nicht wirklich um Verhandlungen. Die Idee stammt von Grosskonzernen aus der Wirtschaft. Diese üben Druck auf die Staaten aus. In der Schweiz nehmen Delegierte des Bundesrates an den so genannten Verhandlungen teil. Das ist alles geheim. Eigentlich wird an diesen Verhandlungen also gar nicht wirklich diskutiert. Es wird nur eine Liste mit Ausnahmen erarbeitet. Alle Dienstleistungen, die nicht auf der Liste sind, können privatisiert und dereguliert werden. Und keine der Deregulierungen kann je wieder rückgängig gemacht werden. Ich finde es wichtig, dass darüber diskutiert wird, zumal es auch um Infrastrukturen, die der Allgemeinheit gehören, geht.

Arnold Marc, SP: Herr Dillier, ich finde die von Ihnen dargestellte Haltung der SVP sehr gut: sie steht jedoch steht im Widerspruch zur Haltung der SVP Schweiz! Diese äussert sich in ihrer Zeitung, die jeweils an alle Haushaltungen verteilt wird, sehr positiv zu diesem Abkommen und argumentiert, der Wirtschaft müsse freier Handel ermöglicht werden...

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Fragen, die hier diskutiert werden, machen auch dem Gemeinderat Sorgen. Es darf nicht sein, dass Grosskonzerne gegenüber der öffentlichen Hand bevorteilt werden, da dies zu einem Ungleichgewicht der Kräfte führen würde. So könnten beispielsweise Arbeitnehmerschutz oder ökologische Themen ins Hintertreffen geraten. Aber der Gemeinderat findet es noch zu früh und vielleicht auch der falsche Ort, um Entscheide zu fällen. Ich kann nicht nachvollziehen, dass aus diesen Geheimverhandlungen verbindliche Vorschriften hervorgehen sollen, ohne dass diese je irgendwo öffentlich diskutiert werden. Ich nehme doch schwer an, dass ein völkerrechtlicher Vertrag geschlossen werden muss. Solche werden mindestens von der Bundesversammlung beraten und unter bestimmten Umständen müssen sie sogar dem Volk vorgelegt werden. Insofern dürfte es sich nur um Absichtserklärungen handeln, die später in die schweizerische Gesetzgebung einfließen werden. Auch diese neuen Gesetze müssten jedoch von der Bundesversammlung beschlossen werden und dagegen kann das Referendum ergriffen werden. Erst dann ist der Zeitpunkt gekommen, die Kräfte zu mobilisieren und dagegen anzutreten.

Pichard Alain, GLP: Herr Fehr, ein Beispiel gibt es: Die "Bologna"-Reform. Diese ist nur mit einer Unterschrift von Staatssekretär Charles Kleiber eingeführt worden, keine einzige demokratische Instanz konnte sich dazu äussern. Die Gefahr, dass das wieder passiert, ist vorhanden!

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ich kenne die Details von "Bologna" nicht. Aber ich muss davon ausgehen, dass die schweizerische Gesetzgebung diese Kompetenz dem entsprechenden Staatssekretariat zugewiesen hat. Vielleicht müsste man sich fragen, ob riskiert wird, dass so etwas wieder passiert. Wenn das der Fall ist, müsste die entsprechende Gesetzgebung angepasst werden. Ich bin immer noch der

Meinung, unser Staatssystem, in welchem die Bevölkerung direkt Einfluss nehmen kann, sei das Beste, das man sich vorstellen kann.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

207. Postulat 20150134, Urs Käzig, Fraktion Grüne, "Wie will der Gemeinderat die "Städteinitiative" rasch und koordiniert umsetzen?"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 15)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären und abzuschreiben.

Käzig Urs, Fraktion Grüne: Ich bin von der Antwort des Gemeinderates sehr enttäuscht. Ich habe den Eindruck, der Gemeinderat will sich nicht festlegen, wann das Reglement zur Förderung des Fuss- und Veloverkehrs sowie des öffentlichen Verkehrs (SGR 761.8) umgesetzt werden soll. Die ersten zwei Fragen meines Postulats wurden zwar beantwortet. Sobald es jedoch um Konkretes geht, werden die Ausführungen sehr vage. Selbstverständlich enthält das Reglement weder Massnahmenpakete noch Terminplan oder Ressourcenallokation. Es wäre Aufgabe des Gemeinderates, diese zwecks Umsetzung des neuen Reglements festzulegen. Das ist unerlässlich, wenn zielorientiert, koordiniert, effizient und effektiv gearbeitet werden soll. Das gehört zum Grundstock in der "Public Administration" und nicht nur in der "Business Administration". Zumindest läuft das auch auf Stufe Bund und Kanton so, wenn Regierung oder Parlament eine neue Aufgabe definieren. **Ich beantrage, das Postulat nicht abzuschreiben.**

Fehr Erich, Stadtpräsident: Herr Käzig, auch der Gemeinderat ist nicht ganz zufrieden, und zwar weil Sie bereits dreieinhalb Monate nach Genehmigung des Reglements zur Umsetzung der Städteinitiative durch den Stadtrat einen Vorstoss mit detaillierten Nachfragen zu einzelnen Arbeitsschritten eingereicht haben. In der Antwort zu Frage 4 steht, dem Gemeinderat werde von der Abteilung Stadtplanung bis Ende 2016 ein erster Zwischenbericht vorgestellt. Diese Frist entspricht den vom Stadtrat verabschiedeten Leitlinien. In diesem Zwischenbericht wird die Antwort auf Ihre vierte Frage enthalten sein. Es ist doch nachvollziehbar, dass der Gemeinderat nach einem halben Jahr noch nicht einzelne Massnahmenpakete vorstellen kann. Zuerst muss die Verwaltung daran arbeiten. Und es gibt viele Interdependenzen. Verschiedenes, wie beispielsweise die verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM), welche sowieso umgesetzt werden, sind Teil zur Erfüllung der Städteinitiative. Auch bei den vfM sind die Arbeiten aber noch nicht so weit fortgeschritten, dass konkrete Massnahmenpakete zusammengestellt werden könnten. Der Vorstoss wurde vom Gemeinderat als Misstrauensvotum aufgefasst und so intern auch "Durchsetzungspostulat" genannt...

Bohnenblust Peter, FDP: Ich gebe dem Stadtpräsidenten vollkommen recht. Und, wie der Gemeinderat im zweitletzten Absatz seiner Antwort zu Recht schreibt, ist der Vorstoss eher eine Interpellation als ein Postulat. Deshalb muss er abgeschrieben werden.

Känzig Urs, Fraktion Grüne: Ich muss ein Beispiel aus meiner beruflichen Praxis zu Hilfe nehmen: Wenn der Regierungsrat oder der Grosse Rat etwas beschliesst, muss ich innerhalb von zwei, drei Monaten ein Umsetzungsprogramm auf die Beine stellen. Vielleicht ist das Programm noch nicht sehr genau, aber wenigstens steht dann eine Roadmap, wie das Vorhaben angegangen werden soll. Mehr habe ich nicht verlangt. Die Stadt ist doch nicht weniger effizient oder weniger professionell als die Kantonsverwaltung!?

Fehr Erich, Stadtpräsident: Die Stadtverwaltung macht auch Roadmaps, nur nicht in den Fristen, die Sie sich vorstellen, Herr Känzig. Und die Stadtverwaltung arbeitet mit deutlich weniger Ressourcen als der Kanton!

Abstimmung

- über den Antrag von Herrn Känzig, das Postulat nicht abzuschreiben.

Der Antrag wird abgelehnt. Das Postulat wird somit erheblich erklärt und abgeschrieben.

208. Postulat 20150113, Sandra Schneider, SVP, "Nach dem Nein zum Bahnhofplatz: Finanzmittel in Schulhaussanierungen investieren!"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 16)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat nicht erheblich zu erklären.

Schneider Sandra, SVP: Es ist erfreulich, dass in Zukunft das Augenmerk vermehrt auf Schulhaussanierungen gelenkt werden soll. Das bedeutet hoffentlich, dass auf Prestigeprojekte wie eine Bahnhofplatzerneuerung oder eine Erneuerung des Neumarktplatzes verzichtet wird. Leider ist es nicht möglich, CHF 5 Mio. aus dem geplanten Bahnhofplatzprojekt direkt in Schulhaussanierungen zu investieren. Deshalb bin ich mit dem Vorschlag des Gemeinderates einverstanden.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

209. Interpellation 20150037, Niklaus Baltzer, Fraktion SP, "Wahlvoraussetzungen für Kommissionsmitglieder: Welches sind die Wahlvoraussetzungen für Kommissionsmitglieder?"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 17)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Baltzer Niklaus, Fraktion SP: Ich bin von der Antwort befriedigt. Die einschlägigen städtischen Reglemente schreiben offenbar nicht vor, dass nur BielerInnen in die Kommissionen gewählt werden können. Das finde ich bedauerlich. Meiner Meinung nach müssen die Reglemente diesbezüglich geändert werden. In diesem Zusammenhang könnten auch weitere, damit zusammenhängende Unklarheiten aus dem Weg geräumt werden. Ich danke für die Information.

210. Interpellation 20150135, Niklaus Baltzer, Fraktion SP, "Wo bleiben die Beiträge von Bund und Kanton an den öV?"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 18)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Baltzer Niklaus, SP: Zuerst möchte ich mich bei meiner Fraktion entschuldigen. Die Motion 20150108 «Partielle Sperrung des Bahnhofplatzes für den MIV» habe ich ohne Einbezug der Fraktion SP eingereicht und sie zurückgezogen, ohne vorher mit der Fraktion Rücksprache zu nehmen. Somit habe ich die Formalitäten nicht eingehalten. Mir wurde jedoch erst heute Abend klar, dass es so ablaufen würde.

Aus den Antworten auf meine Interpellation wird ersichtlich, wie hoch die aufgrund ablehnender Volksentscheide wegfallenden Beiträge von Kanton und Bund sind, wohin die für städtische Projekte vorgesehenen Beiträge fliessen und wie solche Beiträge überhaupt zustandekommen. Subventionen von Bund und Kanton sind wichtig für die Stadtentwicklung. Nimmt Biel keine zugesagten Gelder mehr in Anspruch, verlumpt die Stadt und stellt damit ihr Image und ihre Entwicklung in Frage. Bund und Kanton unterstützen nur langfristige, nachhaltige Projekte, weshalb auch nur langfristige Prozesse zur Sprechung dieser Gelder führen. Die vom Volk abgelehnten Projekte, die dem Stadtrat im laufenden Jahr unterbreitet wurden, sind noch von Herrn Klopfenstein eingeleitet worden, der bis 2012 dem Gemeinderat angehörte. Werden diese Projekte abgelehnt und wird auf die entsprechenden Beiträge verzichtet, ist das Geld zu einem grossen Teil verloren, verloren für die Bieler Steuerzahlenden und für die Bieler Stadtentwicklung. Das gibt mir zu denken. Beim Regiotram ging es um sehr hohe Beträge. Die Gegenerschaft fand offenbar, das Regiotram entspreche nicht den heutigen Bedürfnissen. Solche Entscheide haben aber eine grosse verkehrstechnische Tragweite und langfristige Folgen. Sie beeinflussen die Stadt in ihrer Entwicklung nachhaltig und aus meiner Sicht nicht immer positiv. Ich bin von der Antwort befriedigt.

211. Dringliche Interpellation 20150227, Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, "Eigenmächtiges Handeln der Direktion Bildung, Kultur und Sport?"

(Text der Interpellation und Antwort des Gemeinderates siehe Anhang Nr. 19)

Der Interpellant ist von der Antwort **befriedigt**.

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Das Projekt "Altern in Biel. Aktiv im Netz" ist meines Erachtens bezüglich Inhalt, Zusammenarbeit, Vernetzung und generierte Drittmittel ein sehr gutes Projekt. Die Direktion Bildung, Kultur und Sport hat sehr gute Arbeit geleistet. Der Ablauf des Geschäfts ist jedoch unüblich: Offenbar hat der Gemeinderat erst am 3. Juni 2015 zum ersten Mal von diesem Projekt Kenntnis genommen, obschon es am 2. Juni 2015 in den Medien vorgestellt worden war. Bereits Ende März wurde das Projekt bei der zuständigen Stelle eingegeben. Dabei war vorgesehen, dass die Stadt Biel insgesamt CHF 90'000.- bezahlen würde, nämlich pro Jahr CHF 30'000.-. Davon wusste der Gemeinderat nichts. Die Antwort auf meine erste Frage bringt diesbezüglich nichts Neues. Aufgrund der zweiten Antwort stelle ich fest, dass bei der Präsentation des Projektes Anfang Juni noch keine Zusage des Gemeinderates vorlag. Ob wirklich keine Verpflichtung für die Stadt Biel entstanden ist, bezweifle ich. Das Projekt wurde öffentlich vorgestellt. Dadurch entsteht ein grosser Druck auf den Entscheidungsträger, den Gemeinderat. In Ergänzung zur Antwort auf meine dritte Frage habe ich durch Nachfragen erfahren, dass die Vereinbarung mit der Age-Stiftung am 3. September 2015 durch den zuständigen Direktor unterzeichnet worden ist, nachdem der Gemeinderat im August den Betrag von CHF 105'000.- freigegeben hat. Der ursprünglich vorgesehene Betrag wurde also um CHF 15'000.- aufgestockt und damit das Projekt um ein halbes Jahr verlängert. Ich schliesse daraus, dass der Direktor Bildung, Kultur und Sport hier eigenmächtig gehandelt hat. Er hätte meiner Ansicht nach den Gemeinderat informieren müssen, bevor das Projekt den Medien vorgestellt worden ist. Und er hätte vorher sicherstellen sollen, dass die einschlägigen Kredite gesprochen werden. Ich bin von der Antwort befriedigt, jedoch nicht von der Situation.

Bösch Andreas, Fraktion Grüne: Inhaltlich ist die Fraktion Grüne mit der Beantwortung der Interpellation einverstanden. Sie hat jedoch Mühe zu verstehen, weshalb der Weg über eine dringliche Interpellation gewählt worden ist. Es gibt im Stadtrat eine ständige Kommission, welcher die Aufsicht über den Gang der Verwaltung und das Handeln des Gemeinderates obliegt. Wenn also der Verdacht gehegt wird, das Handeln des Gemeinderates sei nicht gesetzeskonform, hätte die Vertretung der Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU in der GPK das richtige Ansprechgremium. Die GPK hätte reagieren können und sicher schnell eine Antwort erhalten. Wieso macht die Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU daraus eine dringliche Interpellation? Es muss ihr doch klar sein, dass dieses Vorgehen für die Verwaltung einen grossen Aufwand bedeutet, der viel mehr kostet als der Weg über die GPK. Die Fraktion Grüne kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass mit dem Weg über eine dringliche Interpellation und mit Steuergeldern die Öffentlichkeit gesucht wird, um jemandem "an den Karren zu fahren", mit dem man nicht einverstanden ist. Die Fraktion Grüne findet das befremdlich.

Némitz Cédric, directeur de la formation, de la culture et du sport: Il y a plusieurs manières de faire de la politique: c'est de prendre des initiatives ou de lire son journal, de s'engager ou de cultiver le soupçon. Dans ce dossier 216'000 fr. ont été trouvés par les collaborateurs et collaboratrices de la Direction de la formation, de la culture et du sport, pour financer le projet de la politique du 3^e âge. Avant d'avoir pu rassembler ces sommes, que nous sommes allés chercher à Zurich et aussi à Bienne, il a fallu convaincre la fondation zurichoise AGE pour obtenir cet argent. Il n'y avait pas un centime mis à disposition par la Ville de Bienne pour la politique du 3^e âge. Nos collaborateurs et collaboratrices se sont beaucoup engagés dans ce projet. Il n'y a aucun vice de forme dans cette affaire. Monsieur Bohnenblust, je vous ai expliqué comment les choses se sont passées, avant que vous déposiez cette interpellation. Tout s'est passé correctement. Il n'y avait aucun engagement de la Ville ni du Conseil municipal par rapport à la fondation AGE, lorsqu'elle a attribué les moyens. Cultiver le soupçon dans cette circonstance, notamment pour les collaborateurs et collaboratrices, qui se sont engagé(e)s, (ma personne importe peu dans cette affaire) a quelque chose d'inconvenant, Monsieur Bohnenblust!

Bohnenblust Peter, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU: Ich habe die Verwaltung und ihre Mitarbeitenden für ihre gute Arbeit gelobt. Ich stelle einfach fest, dass hier ein mehr als unübliches Vorgehen gewählt wurde, dass nämlich die Öffentlichkeit vor der Verwaltung informiert wurde. Das habe ich in meiner langen Karriere nie erlebt. Damit habe ich keine Vermutungen gestreut...

212. Postulat 20150133, Niklaus Baltzer, Fraktion SP, "Eine zentrale Achse für den öffentlichen Verkehr"

(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang Nr. 20)

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.

Baltzer Niklaus, Fraktion SP: Das Anliegen des Postulats ist, den öffentlichen Verkehr (öV) möglichst vom motorisierten Individualverkehr (MIV) zu trennen, weil es eine Tatsache ist, dass der öV zunehmend seine Fahrpläne nicht mehr einhalten kann, weil er wegen des MIV nicht vorankommt. Mit den aktuell in Ausführung befindlichen Projekten in der Gurzelen, rund um die Tissot Arena und Campus wird der Verkehr noch mehr zunehmen. In Bözingen kann die Strasse nicht verbreitert werden, weil dafür eine Häuserzeile abgebrochen werden müsste. Deshalb die im Postulat geäußerte Idee, entlang der Schüss eine Schnellstrecke für den öV zu realisieren. Der Gemeinderat stellt verschiedene Überlegungen in ähnliche Richtungen an und ist auch bereit, das Postulat erheblich zu erklären und weiterzuverfolgen. Ich danke dem Gemeinderat dafür und hoffe, dass der Stadtrat das Postulat unterstützt.

Moser Peter, FDP: Die FDP unterstützt alle Vorstösse, die den Verkehr verflüssigen und schneller machen. Deshalb ist sie mit der Erheblicherklärung einverstanden. Herr Baltzer meint den Teil der Schüss, welcher von Osten nach Westen fließt und er meint den Westast der A5, der von Vingelz nach Brügg führt, also von Norden nach

Süden oder umgekehrt. Mir ist nicht klar, was die beiden Achsen miteinander zu tun haben. Während der Bauphase des A5-Westastes wird es zwischen dem Seefelskreisel und dem Anschluss Bruggmoos zu Problemen kommen. Dazu wurden im Stadtrat auch bereits Vorstösse behandelt. Die Nord-Südachse kann mit der Autobahnumfahrung, teils bereits mit der Eröffnung des A5-Ostasts, entlastet werden. Ich verstehe insofern nicht ganz, was der vorliegende Vorstoss damit zu tun hat. Trotzdem wird ihn meine Fraktion unterstützen.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Ohne das Regiotram erreichen die öV-Kapazitäten zwischen dem Bahnhof Biel und dem Bözingenfeld ihre Grenzen. Das rechte Seeufer ist stark besiedelt und entwickelt sich noch. Viele EinwohnerInnen aus diesen Regionen arbeiten im Bözingenfeld, zumal im Moment dort die meisten Arbeitsplätze auch für die Agglomeration entstehen. Auf ihrem Arbeitsweg stellt für diese Arbeitnehmenden das Umsteigen am Bahnhof Biel ein Problem dar. Auch wenn im Moment keine durchgängigen öV-Angebote gemacht werden können, muss die Reisedauer zwischen Bahnhof und Bözingenfeld verkürzt werden, weil die Fahrt mit der Linie 1 unattraktiv ist. Mit der Beantwortung kann aufgezeigt werden, dass nicht nur eine schnelle Ost-West-Verbindung helfen kann, die Probleme in den Griff zu bekommen, sondern zum Beispiel auch eine Tangentiallinie. Vom Bahnhof Nidau aus beispielsweise ist die Umsteigebeziehung zwischen der BTI und einer Busverbindung viel einfacher und kürzer als vom Bahnhof Biel aus. Sogar wenn die Busse in Biel auf der Bahnhofsvorfahrt auf der Südseite des Bahnhofs abfahren würden, müssten die Passagiere noch zwischen 250 und 300 Meter zu Fuss laufen, wohingegen am Bahnhof Nidau etwas sehr Attraktives gemacht werden könnte, um über den künftigen A5-Westast ins Bözingenfeld zu gelangen. Heute weiss noch niemand, ob das funktionieren würde. Aber solche Ideen werden geprüft. Damit soll gesagt werden, dass alle Optionen, die zur Verflüssigung des Verkehrs und zur Attraktivierung des öVs beitragen können, geprüft werden. Dafür ist mehr als nur der Blick auf eine Achse nötig. Daran arbeiten Verwaltung und Gemeinderat. Das ist die Botschaft in der Beantwortung dieses Vorstosses...

Dillier Adrian, UDC: Vor diesem Hintergrund verstehe ich nicht, warum der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären, da es ja nur in eine Richtung zielt, und der Gemeinderat beim Planen ohnehin alle Richtungen und Optionen berücksichtigen muss.

Fehr Erich, Stadtpräsident: Der Gemeinderat findet die Anregung an und für sich gut. Und das Postulat bietet im Gegensatz zur Motion mehr Spielraum. Der Gemeinderat nimmt den Ball auf und erweitert die Überlegungen. Aus diesem Grund könnten auch Sie, Herr Dillier, dem Postulat mit gutem Gewissen zustimmen.

Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.

213. Verabschiedung Pablo Donzé

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Pablo Donzé ist heute zum letzten Mal im Stadtrat, dessen Mitglied er während sechs Jahren war. In seiner Fraktion war er

zweimal Präsident und einmal Vizepräsident. Er war auch Vizepräsident der interkommunalen Kommission AGGLOlac und Mitglied des CAF (Conseil des affaires francophones du district bilingue de Bienne). Pablo Donzé ist ein sehr engagierter, manchmal bissiger, wortgewandter Kollege. Der Stadtrat dankt ihm für seine Arbeit.

Grupp Christoph, Fraktion Grüne: Cher Pablo, seit 2009 bist du Mitglied der Fraktion Grüne im Bieler Stadtrat, einige Zeit auch als deren Präsident. Du hast dich mit viel Zeit, Herzblut und Fachwissen engagiert. Jetzt ziehst du dich in noch jungem Alter zurück. Wie du uns mitgeteilt hast, ist der Entscheid bereits im Frühling gereift, weil du es immer schwieriger fandest, Beruf und Politik auf eine für beide Tätigkeitsfelder befriedigende Weise zu verfolgen. Wir achten deinen Entscheid und bedauern ihn gleichzeitig. Dein Hin- und Hergerissensein zwischen beruflichen Engagements in halb Europa und den manchmal anspruchsvollen Debatten im Bieler Stadtrat blieb uns nicht verborgen. Trotzdem hätten wir uns gewünscht, dass du gerade in den Bereichen Planung und Verkehr weiterhin deine Kenntnisse in unserer Fraktion vertreten hättest. Auch nicht verborgen blieb uns aber, dass du zunehmend Mühe bekundet hast mit der Art und Weise, wie in diesem Stadtrat debattiert wird. Es ist sicherlich nicht zufällig, dass du deinen Entscheid im Frühjahr gefällt hast, als wir mitten im Diskurs um Haushaltsfragen der Stadt Biel steckten. Ich kann mich an einen Sitzungsabend erinnern, als du regelrecht geknickt an deinem Pult sassst und dann mehr oder weniger wortlos nach Hause gingst. Du befindest dich in deiner zweiten Legislatur im Stadtrat. Sie stand von Anfang an für dich unter einem schwierigen Stern. Die neuen Mehrheitsverhältnisse, insbesondere aber das Erstarken von Rechts aussen empfandest du schon in der Wahlnacht als grosse Hypothek und hast das nicht verschwiegen. Nun, du hast Deinen Rücktritt seither sicher immer wieder erwogen. Persönlich bin ich der Meinung, dass man besser etwas bereut, was man getan hat, als zu bereuen, es nicht getan zu haben. Du hast für die Politik der Grünen und in diesem Stadtrat viel getan, hast die interkommunale Kommission AGGLOlac als Vizepräsident mitgeleitet, hast fundierte Vorstösse zu Themen der Planung, Ökologie, Verkehr und Zusammenleben eingereicht und mit viel Energie begleitet. Du hast unsere Fraktion umsichtig geführt. Du bist auch dem Sport sehr zugetan. Von Segel zu Segel gesprochen, kann ich daher deinen Rücktritt gut verstehen. Es ist auf die Dauer hart, bei schwerer See dauernd gegen Wind und Wellen aufkreuzen zu müssen. Zwischendurch braucht es Etappen, in denen man sich sanft vor dem Wind treiben lassen oder seinen Spinnaker in eine günstige Strömung hängen kann. Du bist dem Sport sehr zugetan. In der Politik geht es aber leider nicht immer sehr sportlich zu. Da müssen wir uns wohl alle mehr an der Nase nehmen. Lieber Pablo, die Fraktion wünscht dir, dass du wieder über ungeteilte Energie verfügen mögest, um das zu machen, was du kannst und liebst, und wo du ein Umfeld hast, um dies auch erfolgreich zu realisieren. Cher Pablo, je te remercie de tout coeur pour ton engagement et je me réjouis que tu nous resteras fidèle au sein du parti et au comité. A bientôt.

Gleichzeitig darf ich ankündigen, dass wir trotz Trauer wegen des Abschieds von Pablo auch Freude empfinden, weil wir einen der treuesten Besucher des Stadtrats auf der Galerie demnächst in unserer Runde begrüßen dürfen. Urs Scheuss hat sich bereit erklärt, in die Fussstapfen von Pablo zu treten. Er wird ab der nächsten Sitzung unter uns weilen.

Frank Lena, Grüne: Vor etwa fünf Jahren, anlässlich einer Mitgliederversammlung (MV) der Jungen Grünen Schweiz im "Etage" in Biel bin ich Pablo zum ersten Mal begegnet. Es war meine erste MV und, soviel ich weiss, seine letzte. Ich war damals beeindruckt, dass du, Pablo, im Stadtrat bist. Als ich dann gewählt worden bin, hast du mir den Parlamentsbetrieb erklärt, hast mir geholfen, die ersten Geschäfte vorzubereiten und Budgets und Rechnungen verständlicher zu machen. In den drei darauf folgenden Jahren und etwa doppelt so vielen Budgets warst du mein Tischnachbar. Wir haben in dieser Zeit einiges erlebt. Wir haben uns aufgeregt, manchmal haben wir gelacht. Als du vor zwei Jahren einige Zeit auf Reisen warst, war es für mich schon ein wenig langweiliger als sonst. Auch deshalb wirst du mir, der Fraktion und - ich glaube, ich darf das sagen - der Linken fehlen. Natürlich auch wegen deiner fachlich hochstehenden Beiträge und pointierten Äusserungen. Dass ich wegen deinem Rücktritt jetzt deinen Platz einnehmen darf ist mir eine Ehre. Danke, Pablo, für deine Arbeit, auch weiterhin bei den Grünen.

Augsburger-Brom Dana, Fraktion SP: Pablo, ich wusste nicht, dass du heute zum letzten Mal hier bist. Ich finde das sehr schade. Ich danke dir für deine Arbeit, nicht nur hier im Stadtrat. Ich habe deine Art immer sehr geschätzt, pointiert, logisch, ehrlich und sehr kompetent. Ich danke dir auch für deine Arbeit als Fraktionspräsident. Wir haben viel zusammen gearbeitet. Ich danke dir für deinen Einsatz und deine Ausdauer in der interkommunalen Kommission AGGLOlac. Ich wünsche dir alles Gute. Danke im Namen der ganzen Fraktion SP.

Donzé Pablo, Les Verts: J'avais écrit presque un roman, mais je vais me limiter à trois points:

- Je démissionne le cœur gros, parce que j'ai eu beaucoup de plaisir à être ici, mais mon engagement professionnel m'empêche de mener mon mandat avec ma bonne conscience. J'ai des valeurs et tant que le monde ne sera pas solidaire, durable et juste, je dirai ce que je pense et je serai engagé.
- Je remercie très chaleureusement et particulièrement mon groupe. Vous êtes magnifiques et vous m'avez beaucoup enrichi. Lena, ma voisine, le bouillon Christoph, la dernière francophone, Fatima, le plus jeune des dinosaures que je connais, Andrea, notre Bouddha Urs et Einstein, le grand Fritz, sans oublier notre très chère Barbara, je vous remercie beaucoup. Merci aussi à Pierre Ogi d'être toujours aussi sincère et touchant et merci à Werner Hadorn, qui après deux tentatives ratées a enfin apporté un beau hibou.
- Économiser n'est pas une vision d'avenir et ce n'est pas, à mon sens, le rôle du Conseil de ville de faire de la gestion. L'opératif c'est derrière nous, c'est dans l'Administration. Le Conseil de ville a un autre rôle. Je vous invite à lire les philosophes grecs, plutôt qu'à vous prendre pour des Césars.

Bonne continuation. Faites l'amour, pas la guerre, c'est important par les temps qui courent!

Hadorn Werner, Stadtratspräsident: Im Dezember werden wir eine Doppelsitzung haben. Ich schliesse die heutige Sitzung und wünsche allen eine gute Heimreise.

214. Neueingänge

20150336	Motion urgente Glenda Gonzalez, Groupe socialiste	FCS
	Adapter le nombre de places disponibles en classes d'accueil à Bienne Die Anzahl verfügbarer Plätze in den Bieler Empfangsklassen anpassen	DFI
20150337	Dringliche überparteiliche Interpellation Peter Bohnenblust, Fraktion FDP/PRR/EVP/EDU, Andreas Sutter, Fraktion BVP/CVP/BDP, Dennis Briechle, Fraktion GLP	FID
	Lügen der Budgetgegner und unverständliches Schweigen des Gemeinderates Mensonges des opposants au budget et silence incompréhensible du Conseil municipal	PRA STK
20150338	Interpellation Martin Scherrer, SVP	DSS
	Sicherheitssituation in Biel nach den Anschlägen in Paris Sécurité à Bienne après les attentats de Paris	
20150339	Motion GPK	SRB
	Abschreibungen von Motionen und Postulaten Radiations du rôle de motions et postulats	GR
20150340	Postulat Urs Käzrig, Fraktion Grüne	PRA
	Integration der Schlüsselstellen des überkommunalen Velo-Netzes in die Autobahn A5-Westast-Planung und -Realisierung sicherstellen Intégrer les liaisons stratégiques du réseau cyclable intercommunal dans la planification et la réalisation de la branche Ouest de l'A5	BEU
20150341	Interpellation Urs Käzrig, Fraktion Grüne	FID
	Ist die Unabhängigkeit des neuen Liegenschaftsverwalters sichergestellt? L'indépendance du nouveau responsable du Département des immeubles est-elle garantie ?	PRA
20150342	Motion Alfred Steinmann, Fraktion SP	BKS
	Schulsozialarbeit in den Bieler Schulen stärken Renforcer le travail social dans les écoles biennoises	FID
20150343	Überparteiliche Interpellation Dana Augsburg-Brom, Fraktion SP und Fritz Freuler, Fraktion Grüne	FID
	Steuerkonditionen für juristische Personen in Biel Conditions fiscales des personnes morales à Bienne	PRA

Schluss der Sitzung / *Fin de la séance*: 22:20 Uhr / heures

Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:

Werner Hadorn

Die Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire:

Regula Klemmer

Protokoll:

Katrin Meister

Lilian Stähli

Procès-verbal:

Simone Bonjour

Claire-Lise Kirchhof